

EXTRA

Januar 2023

CUBA LIBRE

ISSN 0178-2460

€ 3,50

EXTRA

CUBA SÍ, BLOQUEO NO!

Eine kurze Geschichte
der langen Blockade

Generalversammlung der UN
zur US-Blockade gegen Kuba

Die Welt wäre ein besserer Ort
ohne Blockade



Votación contra el bloqueo
en la ONU _ año 2022

MEJOR
SIN
BLOQUEO

2
ABSTENCIONES

185
A FAVOR

2
EN CONTRA

#Cuba

#MejorSinBloqueo

#LoDiceGranma



Manhattan, New York, am Vorabend der
Abstimmung bei den Vereinten Nationen.



Die einen nennen es verharmlosend Embargo – also das Verbot von Einfuhr oder Ausfuhr von Waren eines Staates durch einen anderen, meist als Sanktion gedacht. Gegen Kuba gibt es aber kein Embargo, sondern eine Blockade. Und zwar eine Wirtschafts-, Handels und Finanzblockade der USA. Diese wirkt aber nicht, wie ein Embargo, nur zwischen beiden Staaten, sondern völkerrechtswidrig extraterritorial: das heißt, betrifft die Beziehungen Kubas zu Unternehmen in allen Staaten. Die anderen nennen somit es einen Wirtschaftskrieg.

Kubas Außenminister Bruno Rodríguez bezeichnete die seit über 60 Jahren aufrechterhaltene US-Blockade gegen sein Land als „Akt der wirtschaftlichen Kriegsführung“, der vor allem der Bevölkerung schade. „Die US-Regierung verstärkt den Druck auf Regierungen, Bankinstitute und Unternehmen in aller Welt, die an Beziehungen zu Kuba interessiert sind, und verfolgt alle Quellen von Deviseneinnahmen im Land, um einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu provozieren“, kritisierte er.

Damit sprach er die Zielsetzung der Blockade an, die 1960 ganz offen von Lester D. Mallory als damaligem stellvertretenden Staatssekretär der US-Regierung für Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre in einem von ihm verfassten Papier kommuniziert wurde: Das „Verbot von Lieferungen und Geldzahlungen“ solle „die Ökonomie schwächen, zu sinkenden Einkommen führen, Hunger, Elend und Verzweiflung erzeugen und so zum Sturz der Regierung beitragen“.

Rodríguez betonte 2021 vor der UNO: „... Die Blockade ist eine massive, flagrante und systematische Verletzung der Menschenrechte der gesamten kubanischen Bevölkerung. Gemäß Artikel IIc der Genfer Konvention von 1948 stellt sie einen Akt des Völkermords dar ... Es handelt sich um einen extraterritorialen Wirtschaftskrieg gegen ein kleines Land, das durch die Rezession und die globale Wirtschaftskrise, die durch die Pandemie verursacht wurde, die uns dringend benötigte Einnahmen entzogen hat, bereits stark beeinträchtigt ist.“

Mit dieser Sonderausgabe der Cuba Libre wollen wir die Abstimmung über die Blockade vor der UNO und die Aktivitäten der Solidaritätsorganisationen dokumentieren.

Die USA wurden einhellig mit 185 Stimmen (Weltgemeinschaft) bei zwei Gegenstimmen (USA und Israel) verurteilt.

Aber das reicht nicht, denn es müssen auch Taten der Regierungen folgen. Es wird also eine wichtige Aufgabe der Kuba-Solidarität in Deutschland bleiben, die Bundesregierung und die EU dazu zu bringen, hier geltendes Recht umzusetzen und endlich gegen Unternehmen vorzugehen, die sich der Blockade unterwerfen.

Verstärken wir unsere Anstrengungen!

Marion Leonhardt

impresum

Herausgeber: Vorstand der Freundeschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Maybachstr. 159, 50670 Köln,

Tel.: 0221 / 2 40 51 20,

Fax: 0221 / 6 06 00 80

Mail: info@fgbrdkuba.de

Web: www.fgbrdkuba.de

Konto/Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft, Köln

IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00

BIC: BFSWDE33XXX

Konto: 123 69 00

BLZ: 370 205 00

Redaktion: R. Armbruster, T. Brenner,

R. Fausten, U. Fausten, P. Knappe,

M. Leonhardt, W. Mix

Konzeption: Michael Quander

Mail: cuba-libre@fgbrdkuba.de

Bildredaktion: Tom Brenner

V.i.S.d.P.: Marion Leonhardt

Mail: cuba-libre@fgbrdkuba.de

Gestaltung/Satz:

CommPress Verlag GmbH, Tom Brenner

Titelbild:

Twitter/ [@JuantonioFdez](https://twitter.com/JuantonioFdez)

Printed in the EU

Postvertrieb: CommPress Verlag GmbH,

Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr.

Jahresabo: Inland 12,50 €, Ausland 16,- €,

Einzelheft 3,50 € + Porto. Kündigung des

Abonnements bis 6 Wochen vor Ende des

Bezugszeitraums.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte

und Fotos übernimmt die Redaktion

keine Verantwortung.

ISSN 0178-2460

E-Mail-Adresse der Redaktion:
cuba-libre@fgbrdkuba.de

Kurze Geschichte einer langen Blockade

- 4 Die Destabilisierung des sozialistischen Kuba

Auf den Straßen von New York

- 8 Beendet die US-Blockade gegen Kuba
9 Kubanische Amerikaner solidarisch mit Kuba

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen zur US-Blockade gegen Kuba

- 10 Ticker, 2. November 2022
18 Ticker, 3. November 2022

Kuba

- 24 Die Welt wäre ohne Blockade ein besserer Ort –
Rede des kubanischen Außenministers

Abstimmungsergebnis

- 29 Überwältigende Mehrheit der UN-Generalversammlung verurteilt die US-Blockade gegen Kuba

Stellungnahmen

- 30 Erklärung der US-Vertretung nach der Abstimmung zum Kuba-Embargo
31 Eine Erwiderung, die des mutigen Volkes von Kuba würdig ist
34 Erklärung der EU zur Resolution der UN-Generalversammlung
36 Mangelnde Umsetzung der EU-Verordnung Nr. 2271/96

Presseerklärungen

- 37 Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.
37 Cuba-Hilfe Dortmund
38 Netzwerk Cuba e.V.
39 Samuel Wanitsch, Mitglied Nationale Koordination ASC/VSC, Schweiz

Fotogalerie

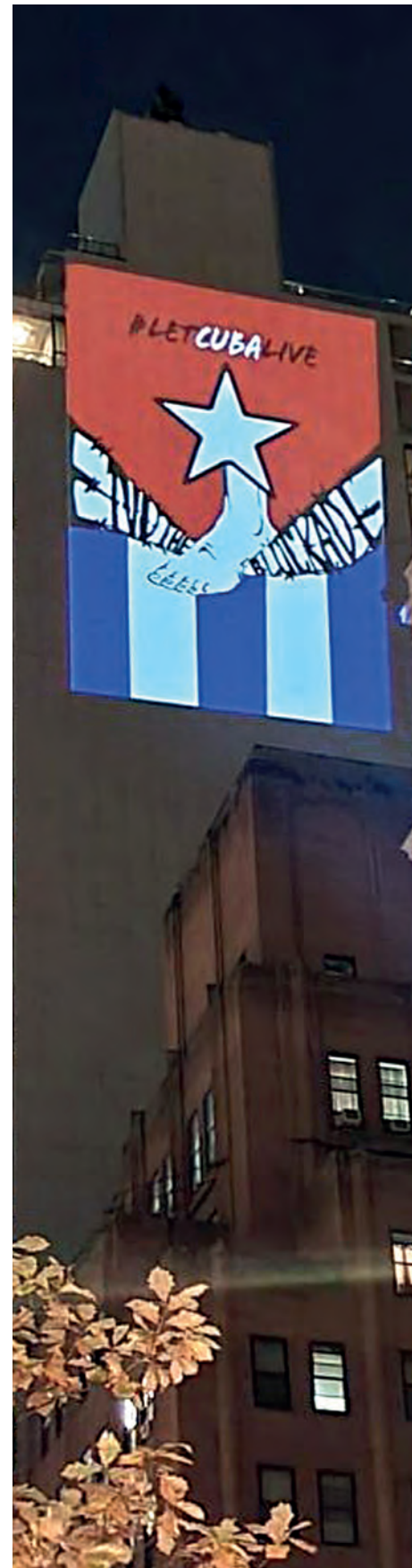
- 40 Unblock-Cuba-Aktionen in Bremen, Berlin, Hamburg und Nürnberg

Pressestimmen

- 42 junge Welt, amerika21, Granma, Unsere Zeit, ND

service

- 2 Impressum
48 Regionalgruppen, Ansprechpartner/innen
49 Lieferbare Materialien



Manhattan, New York, am Vorabend der Abstimmung bei den Vereinten Nationen.

Die internationale Gemeinschaft gegen die US-Blockade gegen Kuba

Zum 30. Mal befasste sich die Generalversammlung der UNO mit der Kuba-Resolution: „Notwendigkeit der Beendigung der von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade“.

Am 2. November wurden Vertreter von rund 30 nationalen Delegationen angehört, einige auch im Namen von Organisationen wie NAM, ASEAN, SICA, Caricom und CELAC, die ihre Argumente für ihr Abstimmungsverhalten, ihre Unterstützung für Kuba und ihre Ablehnung der US-Politik auf der Grundlage der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts darlegten.

Am 3. November legte Kuba der UN-Vollversammlung die Resolution zur Beendigung der von den USA verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade vor, die von der internationalen Gemeinschaft in drei aufeinander folgenden Abstimmungen fast einstimmig unterstützt wurde. An diesem Tag der 77. Sitzung der Generalversammlung legte der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez dem Plenum einen Bericht vor, in dem er die Schäden anprangerte, die durch die einseitige Politik der US-Regierung entstanden sind.

Kurze Geschichte einer langen Blockade

Von Michael Quander

Seit dem Sieg der Revolution setzten rechte Exilkubaner, US-Amerikanische Geheimdienste und die Regierungen der USA, Hand in Hand, nahezu jedes Mittel ein, um das sozialistische Kuba zu destabilisieren und die kubanische Regierung zu stürzen.

Im Laufe der Jahre seit 1959 variierten die Schwerpunkte und die Art der Angriffe unter den verschiedenen US-Präsidenten. Das Spektrum der antikubanischen Aktionen umfasste die Unterstützung bewaffneter Banden in Kuba, eine (gescheiterte) Söldnerinvasion, Mordpläne und -versuche gegen den kubanischen Präsidenten, Sabotageaktionen, einen von Falschinformationen und Hetze geprägten Propagandakrieg, subversive Aktionen, Terroranschläge in Kuba gegen Infrastruktur, zivile und touristische Einrichtungen (incl. des Sprengstoffanschlages gegen ein Verkehrsflugzeug), Entführungen, Aufbau von nichtmilitärischen, zivilen konterrevolutionären Gruppen und Strukturen in Kuba, Ermordung von im Ausland tätigen kubanischen Diplomaten

und die vielfältigsten Versuche Kuba international zu isolieren.

Bei all den genannten unterschiedlichen Aktivitäten, Kuba zu destabilisieren und seine Regierung zu stürzen, hatte einer Methode Kontinuität: Die völkerrechtswidrige Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, mit ihren unmenschlichen und barbarischen Folgen, die begonnen unter dem US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower (1959) bis zum heutigen amerikanischen Präsidenten Joseph Biden immer weiter ausgebaut und verschärft wurde.

Über 60 Jahre Wirtschaftskrieg gegen Kuba

Am 1. Januar 1959 erreichten die revolutionären Rebellen Havanna und die Kubanische Revolution siegte über den Diktator Batis-

ta, der mit 400 Millionen Dollar an kubanischen Staatsgeldern floh. Nachdem im Juni 1960 die US-amerikanischen Erdölfirmer ihre Lieferungen nach Kuba einstellten, verabschiedete die US-Regierung unter dem amtierenden Präsidenten Dwight D. Eisenhower, das erste Gesetz zur Senkung der kubanischen Zuckerquote, wodurch die Einfuhren gegen Null sanken. Im Herbst des gleichen Jahres riet das US-Außenministerium von Reisen nach Kuba ab und das US-Handelsministerium verbot, mit wenigen Ausnahmen, die Ausfuhr von Gütern nach Kuba. Am 3. Januar des gleichen Jahres, kündigten die Vereinigten Staaten schließlich den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Kuba an.

Mit der Übernahme der US-Präsidentschaft von John F. Kennedy im Jahr 1961, verstärkte die amerikanische Regierung die Versuche, Kuba international zu isolieren. Nach der gescheiterten Invasion von US-Söldnern in der Schwei-

nebuht am 23. Februar, trat eine weitere Beschränkung von Ausfuhr durch das nordamerikanische Handelsministerium in Kraft. Das erste umfangreiche Gesetz zur Blockade des bilateralen Handels wurde mit dem „Foreign Assistance Act of 1961“ vom Kongress am 3. Februar 1961 verabschiedet. 1962 folgten weitere Maßnahmen, die u. a. die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade formalisierten, Geldüberweisungen verhierten und es wurde Schiffen, die mit Kuba Handel betrieben, verboten, US-amerikanische Häfen anzulaufen. Erstmals wurde auch die Einfuhr von Produkten verboten, die ganz oder teilweise aus kubanischen Erzeugnissen hergestellt wurden, auch wenn sie in Drittländern hergestellt wurden.

Ab 1963 wurden unter der Regentschaft von US-Präsident Lyndon B. Johnson weitere, Drittstaaten betreffende, völkerrechtswidrige Gesetzesinitiativen durchgeführt. In Johnsons Amtszeit verfügten die Mitglieder der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), auf drängen der USA, eine Blockade des gesamten Handels mit Kuba, mit Ausnahme von Lebensmitteln, Medikamenten und medizinischem Material. Das Repräsentantenhaus verabschiedete des Weiteren das Gesetz „Lebensmittel für den Frieden“, das alle Lebensmittellieferungen an Länder verbietet, die am Verkauf oder Versand von strategischen oder nicht-strategischen Gütern an Kuba beteiligt sind.

In der Amtszeit von Richard Nixon ab 1969 nahmen die terroristischen Aktivitäten gegen Kuba zu und auf der wirtschaftlichen Ebene wurden die Verordnungen zur Kontrolle kubanischer Vermögenswerte geändert, die es Amerikanern verbietet, im Ausland mit Waren kubanischen Ursprungs zu handeln. Diese Maßnahmen wurden unter der Regierung des nachfolgenden Präsidenten, Ge-

rald Ford (1974–1977) ausgeweitet. Zudem wurden in Fords Amtszeit die Zollbestimmungen gegen Kuba verschärft und u. a. der Export-Import-Bank die Vergabe von Krediten an Kuba bis auf wenige Ausnahmen untersagt. Während der folgenden Präsidentschaft von James Earl „Jimmy“ Carter (1977–1981) wurden, bei gleichzeitigen Ansätzen für einen zwischenstaatlichen Dialog, die Maßnahmen des Wirtschaftskrieges gegen Kuba aufrecht erhalten.

Der Wirtschaftskrieg und die Feindseligkeiten gegen Kuba wurden in den darauffolgenden Jahren unter Präsident Ronald Reagan, ab 1981, massiv verschärft und ausgeweitet. Am 1. März 1981 wurde Kuba in die US-Liste der Länder aufgenommen, die internationale terroristische Handlungen unterstützen, was sowohl die US-Ausfuhr als auch den internationalen Handel erschwerte. In Reagans Amtszeit fielen zudem gegen Kuba gerichtete Bestimmungen, die den Zuckerhandel zwischen Kuba und Drittländern behinderten, Reisen nach Kuba erschwerten und den Versand von Geld und Waren auf die Insel einschränkten.

Schwerpunkte der darauffolgenden Präsidentschaft von George H. W. Bush (1989–1993) waren die Verschärfung des extraterritorialen Charakters der Blockade, wie die Einschränkung von US-Auslandshilfen für Länder die wirtschaftliche Beziehungen zu Kuba unterhalten, als auch die weitere Einschränkung von Seetransporten nach Kuba. In die Amtszeit von George H. W. Bush (senior) fällt auch die Verabschiedung des Torricelli-Gesetzes und des Helms-Burton-Gesetzes, welche mit ihren extraterritorialen Wirkungen, eine dramatische Verschärfung der Blockade gegen Kuba zur Folge hatte und zum Sturz der kubanischen Regierung führen sollte.

Unter US-Präsident William Jefferson „Bill“ Clinton (1993–2001)

Lester Mallory, Staatssekretär im US-Außenministerium am 6. April 1960:



„... Die Mehrheit der Kubaner unterstützt Castro ... Die einzige Weise mit der man ihm die interne Unterstützung entziehen könnte, wäre durch Enttäuschung und Unzufriedenheit, die aus wirtschaftlichen Beschwerden und materiellen Schwierigkeiten entstehen ... man muss schnell alle möglichen Mittel anwenden, um das wirtschaftliche Leben Kubas zu schwächen ... eine Vorgehensweise, um so geschickt und unauffällig wie möglich zu erreichen, dass Kuba noch mehr vom Geldzufluss und von Lieferungen abgeschnitten wird, um ihm seine Finanzressourcen und die realen Löhne zu verringern, Hunger, Verzweiflung und schließlich den Sturz der Regierung hervorzurufen“.

wurden die Maßnahmen des Torricelli- und des Helms-Burton-Gesetzes weiter umgesetzt, familiäre Reisen und Überweisungen nach Kuba eingeschränkt, Kredite für Länder und Organisationen ver-

weigert, die eine Zusammenarbeit mit Kuba befürworten und Gelder aus den Geschäften mehrerer Telefongesellschaften beschlagnahmt, die mit dem karibischen Land in Verbindung standen.

Auch die US-Regierung George W. Bush (2001–2009) verstärkte die Maßnahmen zur Verschärfung der Wirtschaftsblockade gegen die Insel. In die Amtszeit von Bush (junior) fallen u. a. die Aufnahme von 10 weiteren kubanischen Einrichtungen in die Liste des „Amtes zur Kontrolle von Auslandsvermögen (OFAC), weitere Begrenzungen von Familienbesuchen, zivilrechtliche Sanktionen gegen 167 Personen und drei Unternehmen wegen Verletzung der Blockade gegen Kuba. Des Weiteren wurde der akademische Reiseverkehr beschränkt und Strafmaßnahmen für Transaktionen mit kubanischen Einrichtungen verabschiedet. Auf Grundlage dieser Gesetzgebung wurde im Dezember 2004 das Bankinstitut Santander für eine Überweisung nach Kuba mit einer Geldstrafe belegt, sowie mehrere US-Firmen zu Strafen in sechsstelliger Höhe verurteilt. In der Folge der Strafdrohungen stellten Internationale Gesellschaften ihre Verträge aufgrund extraterritorialen Anwendung der Embargogesetze ein.

Am 4. November 2008 gewann Barack Obama die Präsidentschaftswahlen in den USA. Mit seinem Amtsantritt verbanden viele die Hoffnung auf eine Entspannung zwischen den USA und Kuba. Trotz eines eingeleiteten Dialogs mit der kubanischen Regierung und einem Besuch Obamas in Kuba, wurden jedoch auch unter seiner Präsidentschaft die Blockademaßnahmen gegen Kuba verschärft. Insbesondere die Vorschriften und verhängten Strafen der „OFAC“ gegen internationale Unternehmen und Banken erreichten Rekordhöhen. Wegen Transaktionen mit Kuba wurden

UNO-Resolutionen und Abstimmungsergebnisse Verurteilungen der US-Blockade gegen Kuba durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen

1991: Kuba legt den Resolutionsentwurf gegen die Blockade zum ersten Mal bei den Vereinten Nationen vor. Einige Tage später zieht die kubanische Delegation das Dokument aufgrund des Drucks aus Washington auf viele der vertretenen Länder zurück.

Jahr	dafür	Enthaltungen	abwesend	dagegen
1992	59	71	46	3: USA, Israel, Rumänien
1993	88	57	35	4: USA, Israel, Albanien, Paraguay
1994	101	48	22	2: USA, Israel
1995	117	27	38	3: USA, Israel, Usbekistan
1996	137	25	20	3: USA, Israel, Usbekistan
1997	143	17	22	3: USA, Israel, Usbekistan
1998	157	12	14	2: USA, Israel
1999	155	8	23	2: USA, Israel
2000	167	4	15	3: USA, Israel, Marshall Inseln
2001	167	3	16	3: USA, Israel, Marshall Inseln
2002	173	4	11	3: USA, Israel, Marshall Inseln
2003	179	2	7	3: USA, Israel, Marshall Inseln
2004	179	7	7	4: USA, Israel, Palau, Marshall Inseln
2005	182	1	4	4: USA, Israel, Palau, Marshall Inseln
2006	183	1	-	4: USA, Israel, Palau, Marshall Inseln
2007	184	1	-	4: USA, Israel, Palau, Marshall Inseln
2008	185	2	-	3: USA, Israel, Palau
2009	187	2	-	3: USA, Israel, Palau
2010	187	3	-	2: USA, Israel
2011	186	3	2	2: USA, Israel
2012	188	2	-	3: USA, Israel, Palau
2013	188	3	-	2: USA, Israel
2014	188	3	-	2: USA, Israel
2015	191	-	-	2: USA, Israel
2016	191	2	-	0
2017	191	-	-	2: USA, Israel
2018	189	-	2	2: USA, Israel
2019	187	2	-	3: USA, Israel, Brasilien
2021	184	3	-	2: USA, Israel

u.a. im Jahr 2009 neun ausländische Unternehmen und Banken mit Geldstrafen in Höhe von insgesamt 542.065.503 Dollar belegt.

In den folgenden Jahren waren u.a. folgende internationale Institutionen von Geldstrafen betroffen: HSBC Holdings (30 Mio. Dollar), Weatherford International Ltd. (100 Millionen Dollar), BNP Paribas (8,97 Milliarden Dollar, weil sie gegen die US-Sanktionen gegen Kuba, Iran, Sudan und Myanmar verstoßen hatte), PayPal (658.300 Dollar). In der Folge waren auch Kuba-Solidaritätsgruppen, humanitäre Hilfe für Kuba, Reisegruppen und Gewerbetreibende in Deutschland betroffen, denen Überweisungen verweigert oder eingefroren wurden, die im Zusammenhang mit Kuba standen.

Eine weitere Eskalation des Wirtschaftskrieges gegen Kuba und Ausdruck imperialer Arroganz stellt die Amtszeit von Donald Trump (2017–2021) dar. Während der Amtszeit von Donald Trump wurden mehr als 240 Maßnahmen gegen Kuba in Kraft gesetzt – 55 davon in Zeiten der Corona-Pandemie – mit dem Ziel, das Land wirt-

schaftlich zu ersticken. Teil dieser Maßnahmen war die Anwendung der Wirtschaftssanktionen auf der Grundlage des „Trading with the Enemy Act“, Aussetzung der Visavergabe in Havanna, Ausweitung des Verbotes für Unternehmen, Geschäfte mit Kuba zu machen, Verhängung von Strafen wg. Verstößen gegen die gegen Kuba erlassenen Bestimmungen (u.a. 5 Millionen Dollar gegen das Bankunternehmen J.P. Morgan Chase), weitere Beschränkungen von Überweisungen an Familienangehörige, und Reisen nach Kuba und Aussetzung privater Charterflüge nach Kuba.

Höhepunkt dieser Eskalation war auch die vollständige Aktivierung von Titel III des Helms-Burton-Gesetzes, auf dessen Grundlage die USA Personen aus Drittländern verklagen können, die in Immobilien investieren, die angeblich US-Bürgern gehören, sowie die Aufnahme Kubas in die Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus.

Joseph „Joe“ Biden, am 20. Januar 2021 zum 46. Präsidenten der Vereinigten Staaten vereidigt,

ist ein weiteres Glied in der Kette völkerrechtswidrig agierender US-Präsidenten, welche den Wirtschaftskrieg gegen Kuba uneingeschränkt fortführen. Trotz seiner Wahlversprechen, die bilaterale Annäherung zu fördern, wurden die von Donald Trump beschlossenen Maßnahmen unverändert beibehalten und auch während der Corona-Pandemie weitere hinzugefügt. Gleichfalls wurden unter Bidens laufender Amtszeit die Strafmaßnahmen gegen Institutionen fortgeführt (u.a. 90.000 Dollar gegen Airbnb wegen nicht genehmigter Transaktionen), Einschränkungen von Reisen und Spendenkampagnen (Progressive International nach Kuba, die sich für den freien Zugang zu Covid-19-Impfstoffen einsetzt). Eine auf den Tourismus abzielende aktuelle Maßnahme gegen Kuba ist seit Mai 2022 die Aussetzung der visumsfreien Einreise in die USA für Menschen, die vorher die Karibikinsel besucht haben. Zudem unterzeichnete Josef Biden im September 2022 ein Memorandum welches die Fortsetzung der Blockademaßnahmen gegen Kuba verlängert.



Beiträge zur Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade gegen Kuba:

<https://www.fgbrdkuba.de/infos/blockade-gegen-kuba.php>

Beendet die US-Blockade gegen Kuba

Aufruf in New York zur Beendigung der US-Blockade gegen Kuba



In New York demonstrieren hunderte von Amerikanern gegen die Blockade und gegen die Aufnahme Kubas in die Liste der Länder, die den Terrorismus unterstützen.

Die Demonstration führte vom Times Square zum Sitz der Vereinten Nationen, wo am 2. und 3. November über die Resolution zur Beendigung der einseitigen Belagerung abgestimmt werden sollte. Mit Flaggen des karibischen Landes und der Vereinigten Staaten sowie Transparenten, auf denen die Aufhebung der Zwangsmaßnahmen gefordert wird, versammelten sich Teilnehmer aus mehr als hundert Organisationen, um das Recht Kubas auf seine Souveränität zu verteidigen.

„Dies wird die dreißigste Abstimmung in Folge sein, bei der die Weltgemeinschaft erneut die grausame und ungerechte US-Blockade gegen Kuba scharf verurteilen wird“, sagte Ike Nahem, einer der Hauptorganisatoren der Kundgebung vor Beginn des Marsches.

An diesem Tag nahmen unter anderem Vereinigungen wie Code Pink und The People's Forum teil, so der kubanisch-amerikanische Aktivist Carlos Lazo, Sprecher der ebenfalls anwesenden Bewegung „puentes de amor“ („Brücken der Liebe“).



Die Aktion war Teil von mehr als dreißig Aktionen, mit denen die Regierung von Präsident Joe Biden aufgefordert werden sollte, ihre Haltung gegenüber dem karibischen Land zu ändern, und wurde von einer Koalition aus mehr als hundert Organisationen angeführt, die sich mit der Insel solidarisch zeigten und unter dem Motto „UN Vote 4 Cuba“ zusammengeschlossen sind.

Lazo erklärte weiter, dass der Aufruf zum Handeln drei Hauptforderungen hervorhebt, die einen breiten Sektor von Amerikanern und friedliebenden Menschen



auf der ganzen Welt vereinen. Zu den Forderungen gehören die Beendigung der Blockade, die Streichung Kubas von der Liste der Länder, die den Terrorismus unterstützen, und die Aufhebung der Zwangsmaßnahmen, die Reisen auf die Insel verhindern und wirtschaftliche Transaktionen behindern.

Andererseits hatte die Organisation Codepink eine neue Petition gestartet, in der sie den US-amerikanischen Regierungschef und die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Linda Thomas-Greenfield, aufforderte, sich für eine Normalisierung der Beziehungen zu dem Antillenstaat einzusetzen.

Bei der Vorstellung des Berichts über die Auswirkungen der Belagerung auf die Insel hatte der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez kürzlich mitgeteilt, dass sich die Verluste zwischen August 2021 und Februar 2022 auf drei Milliarden 806 Millionen Dollar belaufen. Quelle: Cubainformación

Kubanische Amerikaner solidarisch mit Kuba

Im Vorfeld der jährlichen UN-Abstimmung zur Verurteilung der 60 Jahre alten Blockade gegen Kuba, demonstrierten am Wochenende vor der Abstimmung kubanische Amerikaner und andere Aktivisten aus dem ganzen Land, vom Times Square bis zu den Vereinten Nationen. Wir gingen auf die Straßen von New York City, um Demonstranten zu fragen, was sie zum Protest veranlasst hat und was sie über die Politik der Biden-Regierung gegenüber Kuba denken.

„Hände weg von Kuba!“ „Kuba Ja – Blockade Nein!“ „Lasst Kuba leben!“

„Ich bin eine kubanische Amerikanerin. Ich wurde in Florida geboren. Ich bin heute hier, weil ich die Blockade beenden will. Unglücklicherweise kontrollieren die Kubaner in Miami die extreme Rechte, die Berichterstattung. Ich bin mit einer Menge Lügen und negativer Propaganda über Kuba aufgewachsen. Aber in meiner Familie waren wir immer gegen die Blockade.“

„Ich bin hier, weil wir uns mit dem kubanischen Volk solidarisch zeigen und diese berüchtigte Blockade beenden müssen, die die Insel in eine sehr schwierige Lage bringt. Es ist wichtig, dass wir als Latinos, als Menschen, die hier leben, Kuba weiterhin unterstützen.“

„Es ist ein sehr historischer Tag. Ich bin sehr, sehr glücklich. So etwas habe ich noch nie gesehen. Zumindest habe ich es nicht erlebt. Ich bin Kubaner. Meine Familie lebt in Kuba. Ich verstehe nicht, warum ich als US-Bürger in meinen Rechten verletzt werde. Ich kann nicht einmal meinem Vater direkt Geld schicken oder ihm direkt Medikamente schicken, oder was auch immer er braucht.“

„Kein Volk sollte irgendwo leiden, und dass unsere Regierung so etwas (das Embargo) gegen eine kleine Nation durchsetzt, halte ich für verachtenswert.“

„Eines der wichtigsten Anliegen für uns in Puerto Rico, ist der Kampf gegen die Blockade. Nach unserer letzten Reise (nach Kuba) im Juli hat uns das FBI belästigt, uns besucht, uns angerufen.“

„Wir denken, dass dies eine Art der Kriminalisierung der Solidarität ist und wir werden uns nicht einschüchtern lassen.“

„Viele kubanische Amerikaner fühlen sich von der (Biden-)Regierung verraten, die eher wie Trump als wie Obama wirkt. Biden wird niemals die Stimmen der Trump-Anhänger bekommen. Aber Leute wie wir haben für ihn gestimmt, in der Hoffnung, dass er die Sanktionen aufheben würde, und fühlen sich nun enttäuscht.“

„Meine Familie stammt ursprünglich aus Santiago de Cuba. Es ist wichtig, dass ich hier in New York stehe und für mein Volk kämpfe, denn ich habe den Zugang und das Privileg, dies zu tun. Und ich werde sie immer in meinem Herzen tragen, auch wenn ich außerhalb der Insel bin.“



„Unabhängig davon, ob Joe Biden sich in dieser Sache bewegt oder nicht, werden wir nicht aufgeben und wir werden immer Druck ausüben. Und genau dafür sind wir hier.“

„Ich bin Kuba-Amerikanerin. Ich bin in Miami aufgewachsen. Ich wuchs in einer kubanischen Familie auf, die sehr gegen die Revolution und für die Einmischung der USA war. Während ich viele der Ideen, mit denen ich aufgewachsen bin, verinnerlicht habe, habe ich gelernt, dass die Grausamkeit und die Macht, die die USA über Kuba ausüben, gewalttätig sind, und ich werde das nicht hinnehmen.“

„Kuba ja!“

„Blockade Nein!“

Video/Belly of the beast: <https://www.youtube.com/watch?v=4tnSCOd1NLM&t=1s>

2.11.2022, Belly of the beast

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen zur US-Blockade gegen Kuba

Zum dreißigsten Mal befasste sich die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. und 3. November 2022 mit der Blockade Kubas durch die USA.

Die erste Resolution wurde 1992 verabschiedet. Seitdem befasst sich die UNO regelmäßig mit dem Thema, das im offiziellen Sprachgebrauch

„Notwendigkeit der Beendigung des von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzembargos“

genannt wird

Zum dreißigsten Mal folgte auf den Bericht des Generalsekretärs der Entwurf einer Entschliebung und die Aussprache und Abstimmung über diesen Entwurf.

Die Blockade der USA besteht seit 1962 und wurde im Laufe der Jahre durch US-Gesetze und Bestimmungen immerweiter verschärft.

Der Bericht des Generalsekretärs (A/76/405) ist unter

<https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N21/288/02/PDF/N2128802.pdf?OpenElement> abrufbar und der Entwurf der Entschliebung (A/77/L.5) unter

<https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/LTD/N22/635/17/PDF/N2263517.pdf?OpenElement>

Ticker, 2. November 2022



10:35 Uhr, CELAC: Die Dauerhaftigkeit der Blockade als Haupthindernis für die Entwicklung Kubas ist unbestreitbar

Da Argentinien pro tempore den Vorsitz der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) innehat, erklärte die argentinische Vertreterin, dass die Blockade als Haupthindernis für die Entwicklung Kubas unbestreitbar ist.

Der der UNO vorgelegte Bericht bestätigt den Schaden, den diese Politik dem kubanischen Volk zufügt, sagte die Diplomatin. „Die Blockade verstößt gegen den Wortlaut, die Grundsätze und die Ziele der Charta der Vereinten Nationen.“

CELAC bekräftigt ihre Ablehnung von Instrumenten, wie dem Helms-Burton-Gesetz, „das gegen internationales Recht verstößt und die Einschüchterung im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen und Investitionen sowie die ständige Verfolgung der Finanztransaktionen des karibischen Landes verstärkt“, sagte sie.

Sie lehnte auch die Aufnahme Kubas in die Liste der Staaten ab, die den Terrorismus unterstützen, die nicht nur unbegründet ist, sondern auch die Beziehungen Kubas zu internationalen Partnern beeinträchtigt.

Die CELAC äußerte ihre tiefe Besorgnis über die Verschärfung dieser Politik, insbesondere im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, und wiederholte ihre Ablehnung der Extraterritorialität dieser Maßnahmen, die die Transaktionen des Landes und das Wohlergehen der kubanischen Bevölkerung beeinträchtigen. „Die Mitgliedstaaten müssen ihr internationales Handeln an den in den internationalen Beziehungen festgelegten Rechten und Grundsätzen ausrichten“, betonte die Vertreterin Argentinien.



10:45 Uhr, Argentinien: Es ist völlig klar, dass die Blockade unmenschlicher geworden ist und das kubanische Volk stärker trifft

Die Vertreterin Argentinien erinnerte daran, dass ihr Land die Blockade seit jeher ablehnt, da sie nicht nur unmoralisch ist, sondern auch gegen das Völkerrecht, die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und die Handelsfreiheit verstößt.

„Es ist völlig klar, dass die Blockade in der gegenwärtigen Situation noch unmenschlicher geworden ist und das kubanische Volk noch stärker trifft, was mit erheblichen humanitären Kosten verbunden ist. Sie behindert

die Verwirklichung grundlegender Rechte wie Gesundheit, Bildung und Ernährung und schadet allen Bereichen der Wirtschaft des Landes, den Krediten, dem Technologietransfer, den Investitionen und der Eingliederung in die internationale Wirtschaft“, so die Diplomatin.

Sie betonte, dass Kuba trotz der Blockade und dieser Maßnahmen seine Führungsrolle auf der internationalen Bühne beibehält. Sie bekräftigte, dass die Blockade beendet werden müsse, zumal es sich um das längste System einseitiger Sanktionen gegen ein Land handele. Außerdem betonte sie, dass sich die Generalversammlung jedes Jahr mit überwältigender Mehrheit gegen diese Politik und für das Recht des kubanischen Volkes, über sein eigenes Schicksal zu entscheiden, ausgesprochen hat.

„Argentinien wird seine Abstimmung zur Aufhebung der Blockade wiederholen. Wir hoffen, dass wir in Zukunft keine Entschließungen dieser Art mehr verabschieden müssen und dass diese Politik ein Ende findet“, schloss sie.



10:50 Uhr, G77+China fordern ein Ende der einseitigen Sanktionen gegen Kuba

Der Vertreter Pakistans, der im Namen der Gruppe der 77+China sprach, erklärte, dass dieser Zusammenschluss, die von den USA seit mehr als 60 Jahren verhängte Blockade ablehne, und betonte, dass die Blockade selbst in den schwierigen Zeiten der COVID-19-Pandemie verstärkt worden sei.

Er lehnte die Extraterritorialität der Blockade und die Aufnahme Kubas in die Liste der Länder ab, die angeblich den Terrorismus unterstützen. „Die Gruppe 77+ China ruft dazu auf, den Geist der UN-Generalversammlung zu respektieren und die einseitigen Sanktionen gegen Kuba und die schrecklichen Auswirkungen, die sie auf Kuba und seine Bevölkerung haben“, sofort zu beenden.

Er fügte hinzu, der Block sei besorgt, dass die Aufrechterhaltung der Sanktionen, Kubas Einhaltung der von der UNO festgelegten Entwicklungsziele beeinträchtigen könnte. „Es ist notwendig, die Blockade aufzuheben, das wird nicht nur Kuba helfen, sondern der gesamten internationalen Gemeinschaft“, fügte er hinzu.



11:00 Uhr, Blockfreie gegen einseitige Sanktionen in aller Welt

Im Namen der 120 Mitgliedsstaaten der Bewegung der Blockfreien Staaten sprach der Vertreter Aserbaidshans. Er dankte dem kubanischen Außenminister Bruno Rodríguez für seine Anwesenheit bei der Plenartagung und brachte seine allgemeine Unterstützung und Solidarität mit dem Volk und der Regierung Kubas zum Ausdruck. Er erinnerte daran, dass die Mehrheit der Länder jedes Jahr für die Resolution gegen die kriminelle US-Blockade Kubas stimme und sich entschieden gegen einseitige Maßnahmen ausspreche, die gegen die UN-Charta und die Vereinbarungen dieser Weltorganisation verstießen.

Der Vertreter der Blockfreien betonte, dass die vor mehr als sechs Jahrzehnten verhängte Blockade gegen Kuba beendet werden müsse. „Die Blockade behindert das Recht Kubas, mit der internationalen Gemeinschaft zu interagieren“, sagte er. Die hegemoniale Position der USA hält eine grausame Schikane gegen Kuba aufrecht, und diese Karibikinsel ist ein Beispiel dafür, wie einseitige Maßnahmen einer Macht ein anderes Land beeinträchtigen. Die Bevölkerung könne nicht die vollen Menschenrechte genießen, fügte er hinzu.

Er ergänzte, dass während der Amtszeit von Donald Trump mehr als 240 Maßnahmen gegen Kuba ergriffen wurden, von denen mehr als 50 inmitten der COVID-19-Pandemie getroffen wurden. Diese Sanktionen betreffen Lebensmittel, Landwirtschaft, Handel, Industrieproduktion und vor allem den Bankensektor. „Kubanische Banktransaktionen in Drittländern werden ins Visier genommen, was eine ständige Abschreckungswirkung hat“.

Der aserbaidshansche Diplomat erklärte, dass die US-Sanktionen allein in den ersten Monaten der Amtszeit des US-Präsidenten Joe Biden 260 Millionen US-Dollar überschritten hätten. Er sagte, die Blockade behindere die zwischenmenschlichen Kontakte, die freundschaftlichen Beziehungen und den wissenschaftlichen Austausch. „Die Aufrechterhaltung des Embargos ist unhaltbar“, sagte er kategorisch und fügte hinzu,



dass die Bewegung der Blockfreien Staaten sich dagegen wende, dass die US-Regierung die Schrauben gegen Kuba immer weiter anziehe.

„Die Blockade hat in mehr als 60 Jahren insgesamt Schäden über 154 Milliarden Dollar verursacht“, sagte der MNOAL-Vertreter und fügte hinzu, dass die Aufnahme Kubas in die einseitige Liste der Länder, die den Terrorismus unterstützen, noch mehr Schaden anrichte, „wir weisen diese völlig unbegründete Anschuldigung zurück“.

„Gegenwärtig unterhalten mehr als 190 Nationen Beziehungen zu Kuba, und nur die Vereinigten Staaten bestrafen dieses Land mit ihrer Außenpolitik“, sagte er und erklärte, dass die Blockfreien ihre Position und ihren Respekt für den Multilateralismus, die Übereinstimmung mit der UN-Charta, den Weltfrieden und die Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen bekräftigten.

Er schloss mit einem Aufruf: „Wir fordern die Aufhebung der Blockade gegen Kuba“.



11:25 Uhr, Mexiko: Die Aufnahme Kubas in die Liste der Länder, die den Terrorismus unterstützen, ist eine klare Absurdität

Der mexikanische Vertreter, der im Namen seines Landes sprach, bezeichnete die Aufrechterhaltung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba „eine fortgesetzte Missachtung der Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA), die im Lichte des Völkerrechts und der mexikanischen Außenpolitik inakzeptabel ist“.

Er fügte hinzu, dass kein Staat die Anwendung wirtschaftlicher, politischer oder anderer Maßnahmen fördern darf, um Zwang auszuüben oder sich Vorteile zu verschaffen. Alle einseitigen Maßnahmen

um einen Wandel in den Ländern herbeizuführen, verstoßen gegen die Bestimmungen der UN-Charta. Er betonte, dass Mexiko die Blockade sowie die Anwendung von Titel 3 des Helms-Burton-Gesetzes verurteilt, das sowohl Kuba als auch Drittländer betrifft, die versuchen, Handelsbeziehungen mit der Insel aufzubauen. Angesichts der COVID-19-Pandemie und der Naturkatastrophen, die das Land heimgesucht haben, konnten wir sehen, wie das Embargo die Einfuhr von medizinischen Gütern und humanitärer Hilfe aus verschiedenen Ländern der Welt eingeschränkt hat.

Der mexikanische Diplomat betonte, dass es „keinerlei Sanktionen geben sollte, außer denen, die der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschließt“. Er fügte hinzu, dass es eine klare Absurdität sei, Kuba auf die Liste der Länder zu setzen, die den Terrorismus unterstützen, weil gerade Kuba den Frieden fördert und u. a. die Streitkräfte Kolumbiens und der Volksarmee FARC empfangt, damit sie auf neutralem Boden Gespräche führen können. Die von der US-Regierung gegen Kuba ergriffenen Maßnahmen verstoßen gegen das Völkerrecht und ziehen eine internationale Verantwortung nach sich. Die Vereinigten Staaten müssten den entstandenen Schaden wiedergutmachen. Die UN-Generalversammlung muss Washington auffordern, diese brutale Politik sofort zu beenden.



11:35 Uhr, Honduras erkennt die Rolle der Solidarität mit Kuba an

Der Redebeitrag von Honduras steht im Einklang mit der Erklärung der NAM, der CELAC und der ASEAN, die ihm auf dem Podium vorausgegangen waren. „Wir verteidigen das Recht auf Frieden und die Integrität aller Mitglieder der Vereinten Nationen“, sagte die honduranische Botschafterin und erinnerte daran, dass diese multilaterale Organisation geschaffen wurde, um den Frieden in der Welt zu sichern.

Sie rief dazu auf, die Lehren aus der Geschichte nicht zu vergessen und zur Achtung und zum Selbstbestimmungsrecht der Völker zurückzukehren. Wir lehnen die von den Vereinigten Staaten vor 60 Jahren gegen Kuba verhängte Blockade ab. „Honduras bedauert, dass die verhängte Blockade noch immer in vollem Umfang in Kraft ist und weiter verstärkt wird“, sagte sie und wiederholte ihre Besorgnis über die Aufrechterhaltung der Blockade und die Aufnahme Kubas in die Liste der Länder, die die Menschenrechte verletzen.

„Die Solidarität ist ein wesentlicher Bestandteil einer humanistischen Welt. Kuba hat in Solidarität mit der internationalen Gemeinschaft einen Beitrag geleistet und wir haben ihn jedes Mal erhalten, wenn wir ihn angefordert haben, vor allem in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kultur und anderen Sektoren“, sagte die honduranische Vertreterin und nannte als Beispiel den Abschluss von drei Abkommen mit der Karibikinsel vom

letzten Jahr, trotz der Blockade. „Die einseitigen Wirtschaftssanktionen gegen Kuba müssen aufgehoben werden“, erklärte sie kategorisch und zitierte dann den honduranischen Helden Francisco Morazán: „Die Größe eines Volkes wird nicht an der Größe seines Territoriums gemessen, sondern an der Solidarität seines Volkes“.

11:45 Uhr, Venezuela ruft zu einem massiven Votum für Kuba auf

Der venezolanische Vertreter betonte, dass sein Land dieser Frage große Bedeutung beimesse und sich den früheren Erklärungen für die Abschaffung dieser völkermörderischen Politik anschliese. Er erklärte, dass die internationale Gemeinschaft bereits seit 30 Jahren die Aufhebung dieser Politik fordert, der sich Kuba seit mehr als 60 Jahren ausgesetzt sieht und bezeichnete diese Politik als illegal und als Verstoß gegen das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen. „Sie ist unmenschlich, weil sie absichtlich die Rechte von mehr als 11 Millionen Kubanern verletzt und die nachhaltige Entwicklung einschränkt“, sagte er.

Er erklärte, dass es sich um eine Blockade wirtschaftlicher Aggression im Rahmen eines maximalen Drucks handelt, die eine ähnliche Wirkung wie ein konventioneller Krieg hat, und dass sie auch jeden trifft, der versucht, legale Beziehungen zu Kuba zu unterhalten. Er betonte, dass es sich nicht nur um eine Blockade gegen Kuba handele, sondern um eine Blockade, die die gesamte internationale Gemeinschaft betreffe, und dass sie nach der Aktivierung von Titel III des Helms-Burton-Gesetzes ausgeweitet worden sei.

Der venezolanische Diplomat prangerte an, dass die Blockade selbst in den schlimmsten Momenten der COVID-19-Pandemie verschärft wurde. „Die USA sind zu einem Wirtschaftsterroristen geworden“, sagte er. Trotzdem sei es Washington nicht gelungen, das sozialistische und revolutionäre Kuba zu verletzen, das weiterhin seinen Geist der selbstlosen Solidarität und Zusammenarbeit erneuert. Er erinnerte daran, dass die Beiträge Kubas in den letzten Monaten im Bereich der Gesundheit unbestreitbar sind. „Man darf nicht vergessen, dass es Kuba aus eigener Kraft gelungen ist, fünf Impfstoffe zu entwickeln und medizinische Brigaden in die am stärksten von der Pandemie betroffenen Länder zu entsenden.“ Er fragte, wie viel mehr Kuba geben könnte, wie viel es beitragen könnte, wenn die Blockade aufgehoben würde und die internationale Gemeinschaft das Potenzial der größten Antilleninsel nutzen könnte.

Er erinnerte daran, dass wir nur durch gegenseitigen Respekt in der Lage sein werden, die dringendsten Probleme der Menschheit zu lösen und betonte, dass die Blockade ungerecht, schwerwiegend und die längste in der modernen Geschichte ist, mit schrecklichen menschlichen Schäden für das Land. „Sie ist auch ein Angriff auf das gesamte System des internationalen Rechts, in dem Washington versucht, seine Positionen durchzusetzen“. Er forderte die internationale Gemeinschaft auf, von den USA die Einhaltung der internationalen Gesetzgebung und der Charta der Vereinten Nationen zu verlangen.



11:50 Uhr, China: Die internationale Gemeinschaft muss mit einer Stimme sprechen, um diese Taten zu verurteilen

Der chinesische Vertreter wies darauf hin, dass die Verhängung von Maßnahmen gegen Kuba die Fähigkeit des Landes einschränke, die Agenda 2030 wirksam zu entwickeln.

Er betonte, dass die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba mit dem weltweiten Trend zur Zusammenarbeit unvereinbar ist und so schnell wie möglich beendet werden muss.

Seit 1992 fordere die internationale Gemeinschaft die Abschaffung dieser Politik und die Abschaffung aller Gesetze, die das legitime Recht jedes Landes auf Entwicklung einschränken, so der Minister. „Dies ist eine Forderung der internationalen Gemeinschaft, die umgesetzt werden muss“, bekräftigte er.

Er erklärte auch, dass die Blockade gegen Kuba trotz weltweiter Ablehnung nicht nachlässt, sondern sich sogar während der COVID-19-Pandemie verschärft wurde. „Die internationale Gemeinschaft muss mit einer Stimme sprechen, um diese Ereignisse zu verurteilen“, sagte er.

Er rief dazu auf, die Meinungsverschiedenheiten ohne diskriminierende Praktiken beizulegen und kündigte an, dass die chinesische Delegation für die von Kuba vorgelegte Resolution stimmen werde.

11:55 Uhr, Russland: Die Vereinigten Staaten versuchen, eine globale Monroe-Doktrin anzuwenden

In seiner Rede sagte der Vertreter der russischen Delegation, dass er zusammen mit der großen Mehrheit und ständig die Aufhebung der Blockade fordere, da sie eine Verletzung des internationalen Rechts darstelle, und seit mehr als 60 Jahren in Kraft sei. Er fügte hinzu, dass die US-Regierung versuche, eine globale Monroe-Doktrin anzuwenden, um alle Länder zu zwingen, die ihre Politik nicht unterstützen und ihre Entscheidungen befolgen. Die Verlängerung der Sanktionen im Jahr 2022 stelle eine Herausforderung für das System der Regierungsbeziehungen dar.

Diese Politik sei als Wirtschaftsterrorismus zu betrachten, und der UN-Generalsekretär sollte diesen Sanktionen, die die Entwicklung der Insel behindern und die Beziehungen zu Dritten einschränken, große Aufmerksamkeit schenken, sagte er. Er verwies auch auf die Aufnahme der Insel in die Liste der Länder, die den Terrorismus unterstützen, was sich direkt auf den wirtschaftlichen Fortschritt Kubas auswirkt und gegen die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verstößt, und forderte Washington auf, diese Entscheidung zu überdenken.

Die Aufrechterhaltung der restriktiven Lebensmittel- und Energie betreffenden Maßnahmen in der gegenwärtigen globalen Krise bedeutet für die kubanische Regierung große Verluste. Das kubanische Volk hat jedoch mit der Schaffung seiner Impfstoffe seinen heldenhaften Widerstand unter Beweis gestellt, setzt weiterhin Maßnahmen für die Entwicklung des Landes um und entscheidet über seinen eigenen Ansatz zur Erfüllung der Agenda 2030.

Russland fordert die bedingungslose Aufhebung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade und ruft alle Länder auf, ein Ende dieser unmenschlichen Politik zu fordern.



12:00 Uhr, Bolivien verurteilt die Missachtung der UN-Ver einbarungen durch die westlichen Mächte

Der Vertreter Boliviens bedankte sich für die Einberufung dieser Tagung der Gerechtigkeit gegenüber dem kubanischen Volk und begrüßte die Delegation Kubas. Er bedankte sich weiter für den vorgelegten Bericht und seine Delegation schloss sich den Beiträgen von CELAC, NAM, ASEAN und den Vertretern von China, Honduras und Venezuela an.

Der Diplomat verwies auf die Herausforderungen der globalen Entwicklungen und machte deutlich, dass die Auswirkungen der multinationalen Krise eine globale Antwort erfordern.

„Die Pandemie hat gezeigt, wie zerbrechlich wir sind und wie notwendig die globale Vernetzung ist, um die Herausforderungen zu bewältigen“, sagte der bolivianische Botschafter und betonte, dass die kriminelle Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba Leid verursacht und eine klare Verletzung der Menschenrechte darstellt.

Er bezeichnete die Blockade als einen Akt des Völkermords und der wirtschaftlichen Kriegsführung, der alle Wirtschaftsbereiche betrifft, insbesondere den Verkehr, die Kommunikation, den Finanzsektor und andere. „Bolivien schließt sich der internationalen Gemeinschaft an, indem es die Blockade, die seit mehr als einem halben Jahrhundert gegen Kuba verhängt wurde, verurteilt und ablehnt“, sagte der Diplomat und erklärte, dass die getroffenen Maßnahmen eine Verfolgung ausländischer Unternehmen bedeuten, die Selbstbestimmung untergraben, extraterritorial sind und gegen das Völkerrecht verstoßen.

„Wir bedauern zutiefst, dass das US-Außenministerium Kuba weiterhin auf der Liste der Länder führt, die den Terrorismus unterstützen, wodurch Kuba daran gehindert wird, am internationalen Handel und am System der weltweiten Zusammenarbeit teilzunehmen“, warnte er und erklärte, dass diese Generalversammlung seit mehr als 30 Jahren eine solche Resolution verabschiedet hat.

12:05 Uhr, Trinidad und Tobago fordert die Beendigung des letzten Überbleibels des Kalten Krieges, das die Blockade darstellt

Der Vertreter von Trinidad und Tobago eröffnete seine Rede mit dem Hinweis auf das Ausmaß der Geißel der COVID-19-Pandemie, welche die tiefe Zerbrechlichkeit unserer Gesellschaften offenbart hat. „Wir haben gelernt und einen hohen Preis dafür gezahlt, um die Folgen der Pandemie zu bewältigen und zu überwinden.“

Um die verheerenden Folgen dieser Krankheit zu bekämpfen, habe sein Land 2019 eine Brigade kubanischer Fachkräfte erhalten, die sich hauptsächlich aus Pflegekräften zusammensetzt. In Trinidad und Tobago ist immer noch eine solche medizinische Brigade im Einsatz.

Er führte fort, dass sein Land von den Stipendien für junge Trinidadier und von den in Kuba erzielten wissenschaftlichen Ergebnissen zur Bekämpfung verschiedener Krankheiten profitiert habe. Aus dieser Art von Praxis sollte man lernen, dass dies der richtige Weg ist, um Herausforderungen in der Welt zu bekämpfen, und dass Sanktionen die Zusammenarbeit und Entwicklung jeder Nation behindern. „Die Blockade verfolgt individuelle Ambitionen und untergräbt die kollektive Integration“, sagte er.

Er erinnerte daran, dass die Mehrheit der internationalen Gemeinschaft seit 1992 diese ungerechte, völkermörderische Politik verurteilt hat, weil sie gegen die UN-Charta und die Grundsätze der Organisation verstößt. Ein einziges Mal stimmte kein Land dagegen, aber leider hielt sich dieser Optimismus in Grenzen, da alle Bestimmungen des Helms-Burton-Gesetzes durch die USA durchgesetzt wurden. Er forderte die Beendigung dieses letzten Überbleibsel des Kalten Krieges.

„Die Regierung von Trinidad und Tobago bekräftigt ihre Ablehnung der US-Blockade gegen Kuba und fordert die vollständige und dauerhafte Wiedereingliederung Kubas in das internationale Integrationssystem“, so der Vertreter Trinidads und Tobagos abschließend.



12:10 Uhr, Demokratische Volksrepublik Korea: Die Blockade wird in Zukunft scheitern müssen

Der Vertreter der Demokratischen Volksrepublik Korea brachte zum Ausdruck, dass Kuba in den letzten 60 Jahren durch die Blockade unermesslichen Schaden erlitten hat, dass diese Politik die Souveränität verletzt und gegen die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen verstößt.

Er brachte zum Ausdruck, dass diese Politik von der internationalen Gemeinschaft einhellig als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und als ständige Verletzung der Menschenrechte abgelehnt wird. „Die US-Regierung muss die Blockade aufheben und aufhören, den Aufbau des sozialistischen Projekts des kubanischen Staates zu stören. Die Blockade widerspricht dem Trend der Zeit und wird in Zukunft scheitern müssen“, sagte er.

Er erklärte die Solidarität seines Landes mit der kubanischen Regierung und dem kubanischen Volk in dieser klaren Weigerung, die Entwicklung des Landes zu verhindern, sowie seine Unterstützung für die Resolution, die seit 30 Jahren vorgelegt wird, und forderte die Unterstützung aller UNO-Generalversammlung vertretenden Staaten.

12:15 Uhr. Weissrussland: Die Blockade ist die schwerste und längste Kriegshandlung der Geschichte

Der Vertreter Weißrusslands erklärte, sein Land lehne jegliche Zwangsmaßnahmen gegen ein Land ab, da diese darauf abzielen, einen größtmöglichen wirtschaftlichen Schaden zu verursachen, um das Image der derzeitigen Regierung dieses Landes zu beschädigen. Er prangerte ferner an, dass Zwangsmaßnahmen die internationalen Beziehungen zerstören und die Feindseligkeit zwischen den internationalen Akteuren verstärken. „Das ist ein Verstoß gegen die Rechte aller Inselbewohner“, sagte er.

„Die Blockade ist die schwerste und dauerhafteste Kriegshandlung der Geschichte“, bekräftigte er, während er die US-Regierung aufforderte, ihre schikanöse Haltung gegenüber der Insel zu überdenken, und zudem die Unterstützung seines Landes für die von Kuba vorgelegte Resolution bekräftigte.

12:20 Uhr, Vietnam erkennt an, dass nur die Einigkeit die Blockade beenden kann

Vietnam schloss sich den Beiträgen der NAM, der CELAC und der ASEAN sowie anderer Delegationen an, die sich bereits geäußert haben. Der Vertreter Vietnams, Dang Hoàng Giang, sagte, dass bei diesem Treffen 30 Jahre lang mehrheitlich für die kubanische Resolution zur Beendigung der von den Vereinigten Staaten verhängten und in den letzten Jahren verschärften Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gestimmt wurde. „In diesen drei Jahrzehnten ist es nicht gelungen, die grausame Politik aufzuheben“, so der Diplomat und wertete dies als ein Versagen der Generalversammlung, in der die Mehrheit der Nationen der Welt vertreten ist.

Er bezeichnete die Blockade als eine Verletzung des Völkerrechts, und deshalb sei es der gemeinsame Wunsch aller Nationen, dass sie beendet werde und brachte zum Ausdruck, dass diese grausame Politik das



ungerechteste System von Sanktionen gegen ein Land ist, das allen Wirtschaftssektoren und mehreren Generationen von Kubanern Schaden zugefügt hat.

Dang Hoàng Giang führte fort, dass diese Blockade mehrere Stufen erreicht hat und heute trotz der Katastrophen, die sich 2022 ereignet haben, wie die Explosion im Hotel Saratoga in Havanna, der Brand in den Treibstofflagern in Matanzas und der Durchzug des Hurrikans Ian durch Pinar del Río, aufrechterhalten wird.

„Wir lehnen die Verhängung einseitiger Sanktionen gegen jedes Land ab, weil wir dies aus erster Hand erfahren haben“, sagte der vietnamesische Vertreter und verwies auf die Sanktionen, die in den vergangenen Jahrzehnten gegen sein Land verhängt wurden. „Die Verhängung der Blockade ist inakzeptabel“, sagte er kategorisch und betonte, dass Vietnam den Schmerz eines Handelsembargos

erfahren habe. Er räumte ein, dass nur ein konstruktiver Dialog diese Grausamkeit und diesen Völkermord beenden kann.

„Beenden Sie die Blockade, damit Kuba gleichberechtigt an allen Prozessen des Welthandels teilnehmen kann“, forderte der vietnamesische Diplomat. Abschließend erinnerte er an die ausgezeichneten Beziehungen der Freundschaft und Solidarität zwischen den beiden Regierungen und Völkern und versicherte, dass sie Kuba weiterhin bei der Überwindung aller Schwierigkeiten der Blockade unterstützen werden.

12:50 Uhr, Äquatorialguinea: Wenn die Vereinten Nationen die Basis der Demokratie sind, müssen die Vereinten Nationen auf die internationale Stimme hören

Der Vertreter Äquatorialguineas erklärte, dass sein Land seit mehr als einem halben Jahrhundert mit Sorge die Schwierigkeiten des kubanischen Volkes aufgrund der von den Vereinigten Staaten verhängten Blockade beobachtet und dass die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen dringend notwendig sei, da die Blockade verheerende Folgen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der größten Antilleninsel habe.

Er forderte die USA auf, dieser Politik ein Ende zu setzen und über das Leid nachzudenken, das sie dem kubanischen Volk zufügen. Er prangerte an, dass kubanische Kinder und Jugendliche, die die Zukunft des Landes darstellen, aufgrund der Blockade mit so vielen Einschränkungen leben müssen. Er fügte hinzu, dass seine Regierung auch besorgt sei, dass die Blockadepolitik eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder darstelle. Er rief ebenso zur Förderung des Multilateralismus auf, um die Herausforderungen zu bewältigen, denen sich die Nationen gegenübersehen.

Er brachte auch die Besorgnis seines Landes über die ungerechtfertigte Aufnahme Kubas in die Liste der Länder zum Ausdruck, die angeblich den Terrorismus unterstützen, was zu Komplikationen beim Zugang zu

internationalen Handelskreisläufen und zu anderen finanziellen Schwierigkeiten führt, die für Kuba unabsehbare Kosten verursachen. Er betonte, wenn die Vereinten Nationen die Bastion der Demokratie seien und die internationale Gemeinschaft die Blockade gegen Kuba fast einstimmig ablehne, sei es notwendig, dass die USA auf die Stimme der Welt hören und ihr nachkommen und bekräftigte die Unterstützung seines Landes für die von der Karibiknation vorgelegte Resolution über die Notwendigkeit, die von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade zu beenden.



Aufklärung statt Propaganda

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 12. APRIL 2022, NR. 86 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT
2.000 Abos für die Pressefreiheit!

Rechter Durchmarsch
Präsidentenwahl in Frankreich: Amtsinhaber Macron und Faschistin Le Pen in Runde zwei

3

Nah an Konflikten
IG Metall erzielt Zuwächse bei Betriebsratswahlen im Osten, Tesla in Grünheide bleibt »weißer Fleck«

5

Mit von der Kriegspartei
Slowakei liefert »S-300«-Luftabwehr an Ukraine, Moskau meldet Zerstörung von Waffensystemen

7

Energie
Beschäftigte in Westfalen

9

Grüne im Kriegsrausch

Deutsche Regierungspartei macht Druck für die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine. Rheinmetall bietet »Leopard«

Die Grünen sind ein Hochrisikofall: Deutsche Außenministerin am 8. Februar beim Frontbesuch in der Ukraine. Am Mittwoch gab Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die Debatte aus: »Russland hat den Krieg nicht gewonnen.« Am Freitag bekämpfte das EU-Außenrat die Regierung. Am Montag stellten sich in der Bundespressekonferenz die deutschen Grünen an der Spitze der Kampagne. Am Donnerstag »Waffen, Waffen und nochmal Waffen« zu eigen gemacht. In diesem Sinn müsse sich die deutsche Politik ändern. Bisher sei aber aus der Bundesrepublik »zu wenig und zu spät« geliefert worden. Nach dem Frontbesuch in der Ukraine. Am Donnerstag »Waffen, Waffen und nochmal Waffen« zu eigen gemacht. In diesem Sinn müsse sich die deutsche Politik ändern. Bisher sei aber aus der Bundesrepublik »zu wenig und zu spät« geliefert worden. Nach dem Frontbesuch in der Ukraine.

Egal, was
meine deutschen
Wähler denken

Drei Wochen gratis
Probeabo endet automatisch, muss nicht abbestellt werden.
jungewelt.de/probeabo

Aus dem *junge Welt*-Shop



Fidel es Fidel

Deutschsprachige Exklusivausgabe des Katalogs mit Fotografien von Roberto Chile

Verlag 8. Mai (Hg.), 52 Seiten, 35 Farb- und Schwarzweißfotos, 19,90 € (zzgl. Versand)



Rolf Becker liest Fidel Castro:

»Die Geschichte wird mich freisprechen«

Livemitschnitt aus der *junge Welt*-Ladengalerie sowie zusätzliche Studioaufnahme von Fidel Castros wohl berühmtester Rede. Verlag 8. Mai, Hörbuch auf CD, 66 min., 9,90 € (zzgl. Versand)

Jetzt bestellen unter: www.jungewelt-shop.de
Erhältlich auch im *junge Welt*-Laden (Torstr. 6, 10119 Berlin · Mi–Fr, 13–18)

Ticker, 3. November 2022



10:23 Uhr, St. Kitts und Nevis: Die Blockade ist eine extrem schwere Belastung für Kuba

Die Vertreterin von St. Kitts und Nevis beklagt die von den Vereinigten Staaten gegen Kuba verhängten einseitigen Zwangsmaßnahmen, die gegen die Charta der Vereinten Nationen verstoßen und die Erbringung von Dienstleistungen für das kubanische Volk beeinträchtigen. „Die Blockade ist eine schwere Belastung für Kuba und die gesamte Karibik, ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft der Insel sind sehr ungerecht“, sagte sie.

Die Blockade sei ein feindlicher Akt für die Integration und den Frieden und ein Hindernis für die Entwicklung der kubanischen Nation, betonte sie und forderte die Vereinigten Staaten auf, die

se einseitige Politik zu beenden. Kuba hat seinen humanistischen Ansatz im Zusammenhang mit der Pandemie durch die Entwicklung eigener Impfstoffe bekräftigt. „Wie kann es als ein Land betrachtet werden, das den Terrorismus sponsert?“, fragte die Vertreterin von St. Kitts und Nevis.

10:27 Uhr, Grenada fordert die Streichung Kubas von der Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus

In einer Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen forderte die Vertreterin Grenadas, dass Kuba von der einseitigen Liste der US-Regierung der staatlichen Sponsoren des Terrorismus gestrichen wird. „Kuba hat anderen Entwicklungsländern immer die Hand der Freundschaft und Solidarität gereicht, und trotz aller Schwierigkeiten trägt Kubas humanistischer Geist zum Frieden und zur Stabilität der Nationen bei“, sagte sie. Die Diplomatin betonte die Notwendigkeit einer aufrichtigen Versöhnung zwischen Kuba und den USA.



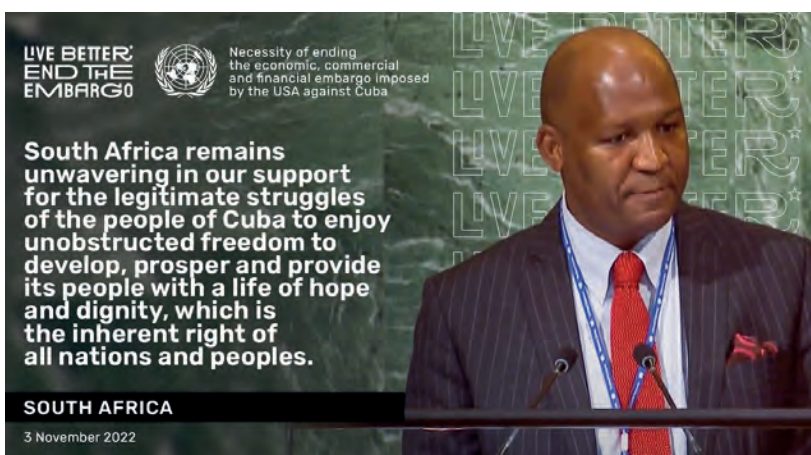
10:41 Uhr, Südafrika: Eine Verletzung des Völkerrechts und der UN-Charta

Der Vertreter Südafrikas bekräftigte, dass sein Land die Aufhebung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba unterstützt. Er wies darauf hin, dass sie den vorgelegten Bericht über die Auswirkungen dieser einseitigen Zwangsmaßnahmen auf das kubanische Volk gehört haben. „Das ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen, der nicht zu rechtfertigen ist“, sagte er.

„Südafrika ist dankbar für die Beiträge, die Kuba unter großen Opfern für die Befreiung unseres Landes geleistet hat. Wir werden weiterhin die gefallenen kubanischen Kämpfer ehren, die ihr Leben geopfert haben, damit wir in einer Demokratie leben können“, sagte er. „Kuba ist ein Verfechter der Entwicklungsländer und helfe auch bedürftigen Ländern, etwa in den Bereichen Gesundheit und Bildung.“

„Viele Entwicklungsländer haben von der Solidarität und dem internationalistischen Charakter Kubas profitiert. Dies ist ein Beweis für Kubas Engagement in der Süd-Süd-Zusammenarbeit“. „Südafrika bekräftigt seine

Forderung nach einer Beendigung des Embargos der Vereinigten Staaten gegen Kuba, das das sozioökonomische Wachstum untergräbt und die Entfaltung des Potenzials des kubanischen Volkes behindert. Dies hindert die Kubaner daran, ihre Grundrechte wahrzunehmen, einschließlich des Rechts auf Entwicklung“. Er fügte hinzu, dass diese Ungerechtigkeit im Zusammenhang mit Covid-19 noch deutlicher zutage tritt und prangerte an, dass „die Blockade gegen Kuba und die extraterritoriale Anwendung von Sanktionen auf Drittländer das Potenzial Kubas weiterhin zu einem sehr hohen Preis untergraben. Die Blockade bleibt ein Hindernis für Kubas Pläne, die 2030-Agenda für Entwicklung zu erreichen“.



10:44 Uhr, Laos fordert die Abschaffung einseitiger Zwangsmaßnahmen gegen Kuba

In seiner Rede vor der UN-Generalversammlung bekräftigte der laotische Vertreter die Erklärungen der Vertreter der ASEAN, der NAM und der Gruppe 77+ China und lehnte die US-Blockademaßnahmen gegen Kuba ab.

Er brachte die Solidarität des laotischen Volkes mit dem kubanischen Volk zum Ausdruck, das seit sechs Jahrzehnten unter den Auswirkungen einseitiger amerikanischer Zwangsmaßnahmen leidet, die sich auf die sozioökonomische Entwicklung des Landes auswirken und den Zugang zu Medikamenten einschränken, auch während des Höhepunkts der Covid-19-Pandemie.

Er rief dazu auf, die Zwangsmaßnahmen der USA gegen Kuba zu beenden, und forderte alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft auf, die kubanische Resolution zu unterstützen und dabei die enormen Schwierigkeiten zu berücksichtigen, die derzeit alle Nationen teilen.



10:55 Uhr, Peru: Es ist notwendig, die einseitigen Maßnahmen zu beenden, damit Kuba sich weiterentwickeln kann

Die Vertreterin Perus betonte, dass es notwendig sei, die einseitigen Maßnahmen zu beenden, damit Kuba bei seinen Entwicklungszielen Fortschritte machen könne. Sie verwies auf den im September letzten Jahres vorgelegten kubanischen Bericht und erklärte, dass die Blockade gegen internationale Menschenrechtsvereinbarungen verstößt. Peru wird für die Resolution über die Notwendigkeit der Beendigung der von den Vereinigten Staaten verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade stimmen.



10:59 Uhr, Äthiopien: Blockade schränkt Kubas Entwicklungsanstrengungen ein

In ihrer Rede vor der Generalversammlung erklärte die äthiopische Vertreterin, dass einseitige Zwangsmaßnahmen einen eklatanten Verstoß gegen die Grundsätze des Völkerrechts und die Bestimmungen der UN-Charta darstellen.

„Sie sind ein Hindernis für freundschaftliche staatliche Beziehungen in den Bereichen Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechte“, sagte sie und fügte hinzu, dass diese Maßnahmen seit mehr als drei Jahrzehnten in Kraft sind und Kubas Wirtschaft daran hindern, ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade beeinträchtigt das Leben der kubanischen Bevölkerung und schränkt die Entwicklungsbemühungen der Regierung ein.

Sie erinnerte daran, dass Kuba in letzter Zeit von Katastrophen heimgesucht wurde, unter anderem von einem Wirbelsturm. „Aus diesem Grund sprechen wir den betroffenen Menschen unser Beileid und der kubanischen Regierung unsere Solidarität bei der Bewältigung dieser Ereignisse aus“. Sie betonte, dass einseitige Zwangsmaßnahmen bewusste Handlungen sind, um die Unterwerfung von Staaten zu erreichen, indem sie die Bedürfnisse ihrer Völker beeinträchtigen. „Die so unterworfenen Staaten sind bei der Bewältigung von Situationen wie Klimawandel, Epidemien und transnationalen Sicherheitsbedrohungen im Nachteil“.

Sie ermutigte zu einem offenen und konstruktiven Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba und fügte hinzu, sie hoffe, dass die US-Regierung die gleichen Schritte wie 2015 unternehmen und die diplomatischen Beziehungen zu dem karibischen Land wiederherstellen werde.





11:05 Uhr, Nicaragua: Die Blockade ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Der Vertreter Nicaraguas bekräftigte vor der UN-Generalversammlung, dass sich sein Land den Erklärungen der Gruppe der 77 + China, der NAM, der CELAC, der SICA und der Gruppe der Freunde zur Verteidigung der UN-Charta anschließe.

„Wir sind solidarisch mit dem kubanischen Volk und verurteilen, dass es Länder gibt, die im Widerspruch zur UN-Charta weiterhin einseitige Sanktionen gegen Entwicklungsländer verhängen“, sagte er und fügte hinzu, dass die Völker weiterhin solidarisch sein müssen. „Die Blockade missachtet die UN-Charta und den Willen der internationalen Gemeinschaft, die jedes Jahr ihre mehr-

heitliche Ablehnung der Blockade gegen Kuba zum Ausdruck bringt. Kuba steht seit 60 Jahren unter einer unmenschlichen Blockade, aber es ist bewundernswert, wie das kubanische Volk trotz der Blockade während der Pandemie in der Lage war, seine eigenen Impfstoffe gegen Covid-19 herzustellen und sie mit der Welt zu teilen, zusammen mit seinen Ärztebrigaden.

„Nicaragua lehnt, wie alle Entwicklungsländer, die einseitigen Maßnahmen gegen Kuba ab. Die Blockade ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, sagte er und prangerte die finanzielle Verfolgung von Unternehmen und Schiffen an, die das Land an der Beschaffung von Lebensmitteln und Treibstoff hindert.

Der Vertreter Nicaraguas wies die ungerechtfertigte Aufnahme des karibischen Landes in die Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus zurück und bekräftigte die Unterstützung Managuas für die kubanische Resolution. Unter Berufung auf die Worte von Präsident Daniel Ortega bekräftigte er, dass „es noch nie eine so kriminelle Blockade gegeben hat wie die gegen Kuba“.

11:08 Uhr, Kongo: Die Blockade verursacht weiterhin Leid unter der kubanischen Bevölkerung

Diese Sitzung findet im Kontext einer internationalen Krise statt, die durch die Pandemie ausgelöst wurde. In diesem Szenario ist Kuba weiterhin mit der von den Vereinigten Staaten verhängten Blockade konfrontiert, betonte der kongolesische Vertreter. Die Blockade verursacht weiterhin Leid für das kubanische Volk und stellt eine Verletzung der Menschenrechte dar, betonte er.

11:09 Uhr, Indien: Blockade untergräbt Multilateralismus und die Glaubwürdigkeit der UNO

Auf der UN-Generalversammlung wies der indische Vertreter darauf hin, dass die Aufrechterhaltung der Blockade den Multilateralismus und die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen selbst untergräbt. Er betonte, dass die Blockade die volle Wahrnehmung der Menschenrechte der Kubaner behindert. Was die extraterritorialen Auswirkungen betrifft, so erinnerte er daran, dass sie sich für die Insel und andere Nationen negativ ausgewirkt haben.

„Das kubanische Volk kann einen Beitrag zu den Bedürfnissen der Weltgemeinschaft leisten, dafür muss es ein Umfeld ohne Sanktionen und Blockaden geben, weshalb wir den von Kuba vorgelegten Resolutionsentwurf unterstützen“, schloss er.



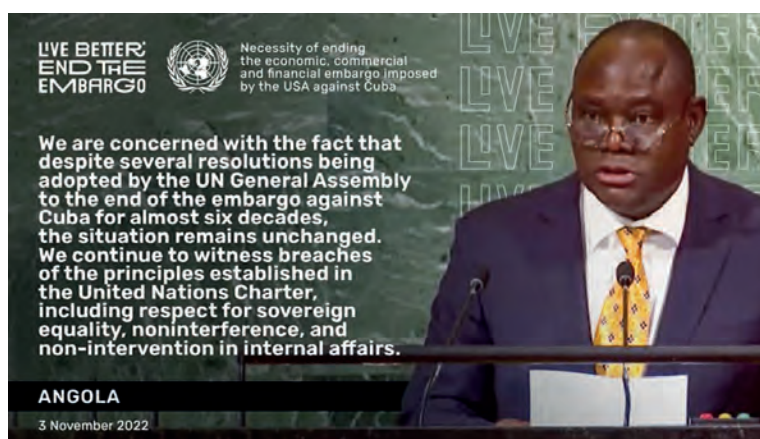
11:16 Uhr, Angola: Besorgnis darüber, dass sich die Situation trotz zahlreicher Resolutionen gegen die Blockade nicht geändert hat

Der angolansische Vertreter vertrat in seinem Beitrag die Auffassung, dass die internationale Gemeinschaft, den in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Werten nicht gerecht wird. Er erinnerte daran, dass sich Angola im Juni 2021 für die Resolution „Notwendigkeit der Beendigung des von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzembargos“ ausgesprochen hat, um seine Besorgnis zum Ausdruck zu bringen und dazu beizutragen, dass diese Frage gelöst werden kann.

„Wir sind jedoch besorgt darüber, dass sich die Situation trotz zahlreicher Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Beendigung des seit mehr als sechs Jahrzehnten bestehenden Embargos gegen Kuba nicht geändert hat.“
 „Wir bekennen uns weiterhin zu den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, einschließlich der Achtung der souveränen Gleichheit, der Nichteinmischung und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“.

Er fügte hinzu, dass die Wirtschafts- und Finanzblockade gegen Kuba die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Insel erheblich behindert und sich auf wichtige Sektoren wie die Landwirtschaft, das öffentliche Gesundheitswesen und die nachhaltige Entwicklung ausgewirkt hat.

„Die Beendigung der Wirtschaftsblockade und der einseitigen Maßnahmen gegen Kuba wird es dem Land ermöglichen, seine Menschenrechte in vollem Umfang zu verwirklichen, einschließlich des Rechts auf Nahrung und Gesundheit, auf die Herstellung von Impfstoffen, auf Finanzdienstleistungen und auf das Recht, das wirtschaftliche und politische System seiner Wahl zu wählen“, betonte er.



11:21 Uhr, Jamaika: Die Blockade behindert die Umsetzung der Agenda 2030

Der jamaikanische Vertreter schloss sich den Erklärungen der Caricom an, lehnte die Blockadepolitik der USA gegen Kuba ab und bekräftigte, dass die einseitigen Zwangsmaßnahmen gegen die Insel beendet werden müssten. Er brachte die Solidarität seines Landes mit dem kubanischen Volk zum Ausdruck und prangerte an, dass die Blockade gegen das Völkerrecht und gegen die Charta der Vereinten Nationen verstoße sowie deren Prinzipien, wie die Freiheit der Schifffahrt, verletze.

Die Blockade behindere die Umsetzung der Agenda 2030, sagte er, und fügte hinzu, dass die Aufnahme Kubas in die Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus andere Staaten daran hindere, Handels- und Finanzbeziehungen mit der Insel aufzubauen.

Trotz der überwältigenden Unterstützung, die die kubanische Resolution jedes Jahr erfährt, „konnten wir das Ziel, nämlich die Aufhebung der Blockade, nicht erreichen“, daher „bekräftigen wir unsere Solidarität und fordern die Aufhebung der Blockade und die volle Integration Kubas in alle internationalen Mechanismen“, erklärte er.

11:29 Uhr, Panama: Aufhebung der Blockade ist für die volle Entfaltung des kubanischen Volkes unabdingbar
 Panama wird für die kubanische Resolution stimmen und damit einmal mehr sein Engagement für das kubanische Volk zum Ausdruck bringen, so die Vertreterin des Landes in der UN-Generalversammlung.

„Panama bekräftigt sein starkes Engagement für den Multilateralismus als geeignetes Instrument zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten. Wir bekräftigen daher unser Votum für die Aufhebung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba in der Überzeugung, dass ihre Aufhebung für die Förderung der vollen Entwicklung des kubanischen Volkes unerlässlich ist“.





11:31 Uhr, Algerien: Ein Hindernis für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt Kubas

Der algerische Vertreter wies darauf hin, dass sein Land die Auferlegung von Zwangsmaßnahmen und einseitigen Maßnahmen gegen souveräne Staaten für inakzeptabel hält und diese im Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen stehen.

„Algerien hat immer wieder für die Resolution gestimmt, die ein Ende der von den Vereinigten Staaten gegen Kuba verhängten Blockade fordert“, sagte er. „Wir bringen von dieser Tribüne aus unsere Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass diese Blockade fortbesteht, obwohl die Mehrheit der Länder diese Politik ablehnt. Die Blockade ist ein Hindernis für den sozialen Fortschritt und das Wirtschaftswachstum in Kuba.“

Er bedauerte, dass keine greifbaren Schritte unternommen wurden, um dieser feindseligen Politik ein Ende zu setzen.

11:31 Uhr, Gabun lehnt Unilateralismus und die Logik der Vorherrschaft ab

Der Vertreter Gabuns sagte, dass „der Wert und der Adel der Generalversammlung darin besteht, dass alle Nationen zählen und jedes Leben zählt. Von den Größten bis zu den Kleinsten, von den Reichen bis zu den Mittellosen sind wir alle Teil derselben Kette, der Kette der Menschlichkeit“. Er sagte weiter, dass „wir uns für Multilateralismus, Solidarität und die Achtung der nationalen Souveränität jedes Volkes entscheiden“. Er lehnte den Unilateralismus und die Logik der Vorherrschaft und der Einflusszonen ab, die völlig anachronistisch sind.

Der Vertreter Gabuns erklärte, dass „keine Nation von einer anderen bestraft oder ausgebeutet werden darf und keine Nation unter dem Joch einer anderen stehen darf“. „Die US-amerikanische Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba ist ein Straftakt und ein Hindernis für die Entwicklung Kubas und der Region. Sie bringt die Menschen in große Schwierigkeiten, weil sie ihre Wirtschaft und den freien Warenverkehr unter Druck setzt. Und das muss ein Ende haben. Er bekräftigte die Unterstützung Gabuns für das kubanische Volk und dessen Bestrebungen nach sozioökonomischer Entwicklung.“



11:33 Uhr, Simbabwe: Die Aufhebung der Blockade würde für beide Länder große Vorteile bringen

Der Vertreter Simbabwes sagte, die Blockade bremse die Entwicklung Kubas und die Umsetzung der Agenda 2030. „Sie ist ungerecht und muss aufgehoben werden“. Er rief die internationale Gemeinschaft auf, weiterhin auf ein Ende der Blockade gegen Kuba zu drängen, und vertrat die Auffassung, dass die Insel und die USA zu einem Dialog über die Normalisierung der Beziehungen zurückkehren sollten.

„Simbabwe setzt sich für den Aufbau harmonischer Beziehungen zwischen den Nationen und eine friedliche Entwicklung ein. Die Aufhebung der Blockade würde beiden Ländern große Vorteile bringen und sich auf die ganze Welt auswirken“.

Er sagte, dass die Zusammenarbeit zwischen den Ländern zur Bewältigung der globalen Herausforderungen unerlässlich sei und dass „wir aus dieser Überzeugung heraus alle Resolutionen zur Blockade unterstützen und auch die Resolution vor dieser Sitzung unterstützen werden“. Er lehnte einseitige Zwangsmaßnahmen ab, „die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten darstellen“.

11:34 Uhr, Bruno Rodríguez: Mehr als 80 Prozent der heutigen kubanischen Bevölkerung wurde unter der Blockade geboren

Der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez legt dem Plenum einen Bericht vor, in dem er die Schäden anprangert, die durch die einseitige Politik der US-Regierung entstanden sind.

Zu Beginn seiner Rede vor der Generalversammlung brachte der kubanische Außenminister seine Solidarität mit Belize zum Ausdruck, das unter den Verwüstungen eines starken Hurrikans leidet.

Er erinnerte dann daran, dass mehr als 80 Prozent der heutigen kubanischen Bevölkerung unter der Blockade geboren wurden und dass drei Jahrzehnte vergangen sind, seit die UN-Generalversammlung zum ersten



Mal über diese Resolution gegen die Blockade abgestimmt hat, die allgemein abgelehnt wurde.

Unter Bezugnahme auf das Memorandum, das 1960 von Lester Mallory, dem stellvertretenden Staatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten, verfasst wurde, prangerte er an, dass es sich nach wie vor um einen vorsätzlichen Akt der wirtschaftlichen Kriegsführung handelt, der darauf abzielt, dem Land finanzielle Einkünfte zu entziehen, die Fähigkeit der Regierung, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, zu zerstören, die Wirtschaft zum Erliegen zu bringen und

eine Situation der Unregierbarkeit zu schaffen.

„Sie zielt darauf ab, Entmutigung zu provozieren, Löhne zu senken, Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung zu provozieren“.

11:46 Uhr, Die US-Regierung hat die Belagerung gegen Kuba verschärft

Laut dem jüngsten kubanischen Bericht über die Auswirkungen dieser einseitigen Zwangsmaßnahmen hat die Blockade Kuba allein zwischen August 2021 und Februar 2022 Verluste in Höhe von 3.806,5 Millionen Dollar verursacht. Der Betrag ist um 49 % höher als der von Januar bis Juli 2021 und stellt einen Rekord in nur sieben Monaten dar. Nach aktueller Berechnung beläuft sich der in den sechs Jahrzehnten der Blockade entstandene Schaden auf 150.410,8 Millionen Dollar, was neben der Beeinträchtigung der Volkswirtschaft und der Lebensqualität der kubanischen Familien auch eine schwere Belastung für Bereiche wie Gesundheit und Bildung darstellt. Allein in den ersten 14 Monaten der Biden-Administration beliefen sich die durch die Blockade verursachten Schäden auf 6.364 Millionen Dollar, was mehr als 454 Millionen Dollar pro Monat und mehr als 15 Millionen Dollar pro Tag entspricht, heißt es in dem Dokument.

„Die Blockade schafft die Voraussetzungen für irreguläre, ungeordnete und unsichere Migration, die schmerzhaft Trennung von Familien und trägt zum Verbrechen des Menschenhandels bei.“

Anzeige

iHeinz Langer -
PRESENTE!

sein sehr
persönlicher
Bericht

gutes-lesen.de

Heinz Langer
Zärtlichkeit der Völker
Die DDR und Kuba

verlag
wiljo
heinen

Die Welt wäre ohne Blockade ein besserer Ort

Rede des kubanischen Außenministers Bruno Rodríguez Parrilla am 3. November 2022 bei der Vorstellung des Resolutionsentwurfs A/77/L.5 mit dem Titel „Notwendigkeit der Beendigung der von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade“.

Ich bringe unsere tief empfundene Solidarität mit der karibischen Schwesternation Belize zum Ausdruck, die heute unter den Verwüstungen eines starken Wirbelsturms leidet.

Herr Präsident,
sehr geehrte Ständige Vertreter,
sehr geehrte Delegierte,
mehr als 80 Prozent der heutigen kubanischen Bevölkerung wurde unter der Blockade geboren.

Drei Jahrzehnte sind vergangen, seit diese Versammlung begonnen hat, jedes Jahr die Beendigung dieser als Völkermord eingestuften Politik zu fordern, die wie eine permanente Pandemie, wie ein ständiger Wirbelsturm wirkt und von allen abgelehnt wird.

Es handelt sich um einen vorsätzlichen Akt der wirtschaftlichen Kriegsführung mit dem Ziel, die Finanzeinnahmen des Landes zu beeinträchtigen, die Fähigkeit der Regierung zu zerstören, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, die Wirtschaft zusammenbrechen zu lassen und eine Situation der Unregierbarkeit zu schaffen. Wie 1960 von Staatssekretär Mallory vorgeschlagen, soll damit versucht werden, „Enttäuschung und Entmutigung hervorzurufen..., die Löhne zu senken..., Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung herbeizuführen“.

Seit 2019 hat die US-Regierung die Belagerung unseres Landes auf ein extremes, grausames und unmenschliches Maß ausgeweitet, um den kubanischen Familien vorsätzlich den größtmöglichen Schaden zuzufügen.

In den ersten 14 Monaten der Amtszeit von Präsident Joseph Biden erreichten die durch die Blockade verursachte Schäden 6 Milliarden 364 Millionen Dollar – mehr als 15 Millionen Dollar pro Tag.

Zwischen August 2021 und Februar 2022 erreichten sie in nur sieben Monaten einen Rekord von 3,806 Milliarden Dollar. Ohne die Blockade hätte unser BIP in diesem Zeitraum um 4,5 Prozent wachsen können.

Die in mehr als 60 Jahren angehäuften Schäden belaufen sich auf 154 Milliarden 217 Millionen Dollar zu aktuellen Preisen, und zum Wert des Goldes erreichen sie 1,391.111.391.111 Billionen. Wie würde Kuba heute dastehen, wenn es über diese Ressourcen verfügt hätte? Was hätten wir alles tun können? Wie würde unsere Wirtschaft aussehen?

Es ist unmöglich, die Ängste zu beziffern, die durch die Stromausfälle und die Instabilität der Stromver-

sorgung, die Knappheit und die langen Warteschlangen beim Kauf von Gütern des Grundbedarfs, die Hindernisse für die Lebensentwürfe der Familien und vor allem der jungen Menschen entstehen.

Die Blockade schafft auch die Bedingungen die eine irreguläre, ungeordnete und unsichere Migration begünstigen und zu schmerzhaften Trennungen von Familien führen, sie kostet Kubanerinnen und Kubanern das Leben und trägt zur grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und zum Menschenhandel bei.

Herr Präsident,
während der Covid-19-Pandemie wandte die US-Regierung bei Ländern, die Opfer ihrer einseitigen Zwangsmaßnahmen und anderer Sanktionen sind, vorübergehende humanitäre Ausnahmeregelungen an.

Warum wurden die Kubaner von dieser temporären humanitären Hilfe ausgeschlossen?

Schlimmer noch: Während Covid weltweit Millionen von Menschenleben forderte und mein Land mit Schmerz erfüllte, verschärfte sich die Blockade und führte zu Schwierigkeiten und Verzögerungen beim Eintreffen von medizinischen Hilfsgütern und Ausrüstungen, die für die Bekämpfung der Krankheit, insbesondere für die industrielle Herstellung kubanischer Impfstoffe, unerlässlich sind. Selbst der Kauf von medizinischem Sauerstoff in Drittländern wurde behindert.

Als die Blockade die Lieferung von Lungenbeatmungsgeräten verhinderte, entwickelte Kuba seine eigene Produktion mit eigenen Prototypen.

Wie ist es zu erklären, dass ein kleines Land wie Kuba in der Lage war, Covid-19 mit seinen eigenen Mitteln und Impfstoffen zu besiegen?

Im schlimmsten Moment der Pandemie und trotz unserer begrenzten Mittel haben wir zusammengearbeitet, indem wir 58 medizinische Brigaden in 42 Länder und Territorien entsandt haben, die zu den mehr als 28.000 medizinischen Fachkräften hinzukamen, die zu diesem Zeitpunkt bereits in 59 Ländern tätig waren.

Die Blockade beeinträchtigt jedoch die nationale Produktion von Antibiotika, Schmerzmitteln, Blutdrucksenkern, Medikamenten gegen Krebs und Herzkrankheiten und anderen unentbehrlichen Arzneimitteln, die zuvor in großem Umfang in unseren Krankenhäusern und Apotheken erhältlich waren.

Kubanische Kinder mit Netzhauterkrankungen und Glaukom können nicht mit dem Lasersystem des US-Unternehmens IRIDEX CORPORATION behandelt

werden. Bei schwereren Formen dieser Krankheit besteht die Gefahr, dass die Betroffenen erblinden.

Für unsere Kinder können wir auch nicht die in den USA hergestellten biologischen Herzklappen verwenden.

Bei der Geburt müssen sich Babys mit niedrigem Geburtsgewicht Operationen am offenen Brustkorb unterziehen, weil man nicht über Katheter mit geringem Durchmesser verfügt, die alle von US-Firmen wie BOSTON SCIENTIFIC vermarktet werden.

Es gibt nichts, womit die US-Regierung eine Politik rechtfertigen könnte, die krebserkrankten kubanischen Kindern eine angemessene chemotherapeutische Behandlung vorenthält.

Die Großtat, unter so schwierigen Umständen Leben zu retten und zu erhalten, lässt sich nur durch die jahrzehntelangen staatlichen und kollektiven Anstrengungen unseres Volkes erklären, ein robustes Wissenschafts- und Gesundheitssystem von zutiefst humanistischem und hochwertigem Charakter aufzubauen, das allen Kubanern kostenlos zugänglich ist.

Herr Präsident, die Blockade hat auch die finanziellen Beschränkungen und den Zugang zu Krediten für Investitionen, Reparaturen und Wartung der thermoelektrischen Anlagen des Landes verschärft, und die Lieferanten haben die Preise erheblich erhöht, da sie das Risiko von Geschäften mit Kuba nicht eingehen wollen.

Nach 26 Jahren ununterbrochener Arbeit hat die deutsche Gruppe Continental Reifen Deutschland GmbH beschlossen, ihre Beziehungen zur Unión Cuba Petróleo (CUPET) zu beenden.

Der französische Zulieferer CNIM teilte mit, dass er die Lieferung von Ersatzteilen für das Wärmekraftwerk Antonio Guterres nicht fortsetzen könne, weil es ihm nicht möglich sei, eine Verbindung zu einem Land einzugehen, das Sanktionen unterliegt.

Auch die Verfolgung von Finanztransaktionen, Handel und Investitionen im Zusammenhang mit unserem Land ist unaufhörlich und obsessiv.

Allein zwischen Januar 2021 und Februar 2022 wurden 642 direkte Aktionen ausländischer Banken gegen das kubanische Bankensystem registriert.

Im letzten Jahr weigerte sich eine beträchtliche Gruppe von Banken aus Drittländern, Zahlungen an Lieferanten des kubanischen Unternehmens ALIM-PORT, einem Lebensmittelimporteure, zu leisten.

Im Rahmen von Genehmigungen, die gesetzlichen Beschränkungen unterliegen, kann Kuba in begrenz-



tem Umfang landwirtschaftliche Erzeugnisse in diesem Land kaufen, muss aber im Voraus bezahlen, was ebenfalls äußerst schwierig ist, wenn gleichzeitig unsere Einkommensquellen behindert werden und man keinen Zugang zu Krediten hat.

Unter den Bedingungen solch finanzieller Schikanen sind die Bemühungen unserer Regierung, den Korb mit Grundnahrungsmitteln für die Familie zu sichern, nicht hoch genug einzuschätzen.

Kubanischen Unternehmern wird die Nutzung von Zahlungs- und E-Commerce-Plattformen oft verwehrt.

In mehreren Teilen der Welt werden unsere Staatsangehörigen sogar daran gehindert, persönliche Bankkonten zu eröffnen, nur weil sie Kubaner sind.

Die finanzielle Verfolgung wurde noch dadurch verstärkt, dass unser Land willkürlich und mit fadenscheinigen Begründungen auf die einseitige Liste des US-Außenministeriums der Länder gesetzt wurde, die angeblich den Terrorismus unterstützen, was das so genannte Länderrisiko exponentiell erhöht und uns zwingt, auf dem internationalen Markt den doppelten Preis für jede Ware zu zahlen.

Ein solches Vorgehen gegen eine Nation, die Opfer des Terrorismus ist und die auch heute noch unter der vom Hoheitsgebiet der USA ausgehenden Anstiftung zu Gewalt und terroristischen Handlungen leidet, ist nicht hinnehmbar. Kubas entschiedenes Verhalten, was die Ablehnung und Verfolgung des Terrorismus in all seinen Ausdrucksformen angeht, ist makellos und allgemein anerkannt.

Es war dies eine tödliche Maßnahme, die von der vorherigen republikanischen Regierung nur 9 Tage vor ihrem Ausscheiden aus dem Weißen Haus durchgesetzt wurde. Der derzeitige Präsident könnte sie mit einer einfachen Unterschrift korrigieren. Es wäre das moralisch und gesetzlich Richtige.



Herr Präsident,
die extraterritorialen Auswirkungen der Blockade verletzen auch die Souveränität der von Ihnen vertretenen Länder, sie verletzen deren nationale Gesetzgebung, unterwerfen sie den Entscheidungen US-amerikanischer Gerichte gemäß Titel III des Helms-Burton-Gesetzes, sanktionieren ihre Geschäftsleute und verhindern den Zugang zu ihren Häfen für die Schiffe Dritter, die in Kuba angelegt haben.

Außerdem ist dadurch Tochtergesellschaften von US-Unternehmen in Drittländern der Handel mit Kuba verboten. In einem beliebigen Land hergestellte Artikel dürfen nicht nach Kuba exportiert werden, wenn sie nur 10 % US-Bestandteile aufweisen. Das gilt auch für in Drittländern hergestellte Produkte, wenn sie kubanische Rohstoffe enthalten.

Wer könnte ohne zu lügen behaupten, dass die Vereinigten Staaten ein Handelspartner Kubas sind?

Wir führen nicht alle Schwierigkeiten, mit denen unser Land heute konfrontiert ist, auf die Blockade zurück, aber es ginge an der Wahrheit vorbei, ihre sehr schwerwiegenden Auswirkungen zu leugnen und nicht anzuerkennen, dass sie die Hauptursache für die Not, die Entbehrungen und das Leid der kubanischen Familien ist.

Herr Präsident,
die Vereinigten Staaten kontrollieren die einflussreichsten Medien und hegemonialen digitalen Technologieplattformen und nutzen sie für eine virulente Kommunikationskampagne der Desinformation und Diskreditierung gegen Kuba.

Sie greifen auf die unterschiedlichsten Methoden der nichtkonventionellen Kriegsführung zurück und nehmen unsere Kinder, Jugendlichen und Künstler ins Visier des politischen und medialen Bombardements.

Die US-Regierung stellt Millionen von Dollar, zweistellige Millionenbeträge aus dem Bundeshaushalt

und verdeckte Mittel zur Verfügung und setzt staatliche Einrichtungen und Privatunternehmen ein, um politische Akteure zu finanzieren, die in digitalen Netzen Desinformations-, Hass- und Destabilisierungskampagnen gegen Kuba führen.

Am 24. Oktober haben die US-amerikanischen transnationalen Unternehmen Twitter und Meta (Facebook), zu deren Top-Managern der ehemalige Wahlkampfmanager eines kubafeindlichen republikanischen Senators gehört, gleichzeitig Zensurmaßnahmen gegen kubanische öffentliche Medien und

Nutzer ergriffen. Sie markierten Veröffentlichungen, deren Reichweite in den Netzen eingeschränkt wurde, und löschten Konten, die sich kritisch zu den destabilisierenden Operationen gegen unser Land äußerten. Es handelte sich um eine selektive, koordinierte Aktion, die das Recht der Kubaner auf freie Meinungsäußerung verletzt und die Unterordnung dieser Unternehmen unter die Willkür der US-Politiker deutlich macht.

Herr Präsident,
Präsident Miguel Díaz-Canel Bermúdez erklärte am 22. Juli anlässlich des Abschlusses der Neunten Ordentlichen Sitzungsperiode der Nationalversammlung der Volksmacht in ihrer IX. Legislaturperiode, ich zitiere: „Kubas Weg in der Entwicklung seiner Außenbeziehungen zeigt, dass die Förderung des Friedens, der Zusammenarbeit und der Solidarität die bestimmenden Merkmale unserer internationalen Projektion sind. Das haben wir in unserer Region Lateinamerika und der Karibik, aber auch in anderen Breitengraden bewiesen“. Zitatende.

Die derzeitige US-Regierung hat keine eigene Politik gegenüber Kuba. Sie handelt aus der Gewohnheit heraus und setzt die unmenschliche Politik des „maximalen Drucks“ fort, die während der Präsidentschaft von Donald Trump eingeführt wurde.

In den letzten Monaten hat sie Schritte unternommen, um einige der irrationalen Beschränkungen für US-Flüge nach Kuba, Überweisungen und konsularische Verfahren anzupassen.

Dies sind positive Maßnahmen, die jedoch in Umfang und Anwendung sehr begrenzt sind. Sie ändern in keiner Weise weder die Politik noch die Wirtschafts-, Handels- oder Finanzmaßnahmen.

Die extrem verschärfte Blockade ist nach wie vor das zentrale Element, das die Politik der USA gegenüber Kuba bestimmt.

Die kubanische Regierung ist bereit, eine bessere Verständigung mit den Vereinigten Staaten anzustreben und zivilisierte und kooperative Beziehungen auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und ohne Beeinträchtigung unserer Souveränität zu entwickeln.

Ich wiederhole den Aufruf von Armeegeneral Raúl Castro Ruz aus dem Jahr 2017 an die Regierung der Vereinigten Staaten, ich zitiere: „die Hindernisse zu beseitigen, die die Beziehungen zwischen den Völkern, Familien und Bürgern beider Länder verhindern oder einschränken. Wir müssen die Kunst lernen, auf zivilisierte Weise mit unseren Unterschieden zusammenzuleben“.

Trotz der unmenschlichen Beschränkungen, die uns durch die Blockade auferlegt wurden, wird Kuba niemals sein sozialistisches System der sozialen Gerechtigkeit aufgeben, das im Jahr 2019 in einer freien und allgemeinen Volksabstimmung zur Verfassung bestätigt wurde.

Wir werden uns stets für die uneingeschränkte Ausübung aller Menschenrechte durch alle unsere Bürger einsetzen.

Wir werden niemals Versuche akzeptieren, uns angebliche Paradigmen der Demokratie oder eine andere, der kubanischen Kultur fremde Kultur aufzudrängen.

Mit der gleichen Energie, mit der wir das unveräußerliche Recht eines jeden Landes verteidigen, über sein politisches, wirtschaftliches und soziales System zu entscheiden, fordern wir die Achtung unseres eigenen Systems.

Getreu dem Vermächtnis des Comandante en Jefe Fidel Castro Ruz wird es in Kuba immer, ich zitiere: „eine Regierung des Volkes für das ganze Volk“ und „eine Revolution der einfachen Menschen, mit den einfachen Menschen und für die einfachen Menschen“ geben.

Das jüngste Beispiel für die Ausübung einer echten, partizipativen und integrativen Demokratie in unserem Land ist ein unbestreitbarer Beweis dafür.

In einem Referendum stimmte das kubanische Volk für ein neues, modernes und fortschrittliches Familiengesetzbuch, eines der fortschrittlichsten der Welt, ein unwiderlegbarer Beweis für die Berufung, allen Kubanern zuzuhören, ohne jegliche Diskriminierung.

Unser Land erneuert sich weiterhin nach dem Prinzip „alles zu ändern, was geändert werden muss“, beim Aufbau einer souveränen, unabhängigen, sozialistischen, demokratischen, prosperierenden und nachhaltigen Nation; bei der Entwicklung unseres „sozialistischen, demokratischen, unabhängigen und souveränen Rechtsstaates und der sozialen Gerechtigkeit“.

Wir setzen uns für eine stärkere Beteiligung unserer Jugend und aller Bürger an den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Prozessen des Landes ein.

Wir machen Fortschritte bei der Dezentralisierung der Wirtschaft und der Stärkung des sozialistischen

Staatsunternehmens. Tausende kleiner und mittlerer privater und staatlicher Unternehmen wurden gegründet; Wissenschaft, Technologie und Innovation, die Informatisierung der Gesellschaft und die soziale Kommunikation werden als Pfeiler der staatlichen Verwaltung gestärkt; im Rahmen unserer Entwicklungspolitik werden mehr Möglichkeiten für ausländische Investitionen geschaffen.

Kuba erneuert sich laufend. Was unbeweglich bleibt, in der Vergangenheit verankert und isoliert, ist die Blockade.

Wir schätzen sehr die Unterstützung zahlreicher Regierungen, Persönlichkeiten, Solidaritätsbewegungen, politischer, sozialer und volkstümlicher Organisationen aus der ganzen Welt angesichts des gegen Kuba begangenen Unrechts.

Herr Präsident,

wir wissen auch das Engagement und die Äußerungen von Kubanern und Nachkommen von Kubanern in allen Breitengraden, auch in den Vereinigten Staaten, sehr zu schätzen, die ihre Stimme zur Verteidigung der souveränen Rechte Kubas und zur Ablehnung dieser Politik erheben.

Wir danken auch all jenen, die unserem Land in der schwierigen Situation des Wiederaufbaus nach den schweren Schäden, die der Wirbelsturm Ian in den westlichen Provinzen im vergangenen September verursacht hat, ihre Unterstützung gezeigt haben.

Hunderttausende unserer Landsleute waren davon betroffen. 119,48 Tausend Häuser wurden beschädigt, große Teile der Ernten wurden zerstört und bei der Strom- und Kommunikationsinfrastruktur waren schwere Schäden zu verzeichnen.

Wir werden die Hilfe, die unserem Volk ohne Bedingungen angeboten wird, weiterhin mit Dankbarkeit annehmen.



Wir sind dankbar für die edlen humanitären Bemühungen der amerikanischen Organisationen, Bewegungen und Gruppen in den USA, der Kongressabgeordneten und Persönlichkeiten, der Solidaritätsbewegung und der Organisationen der Zivilgesellschaft, die angesichts des Ausmaßes der Folgen des Wirbelsturms die Regierung von Präsident Joseph Biden aufgefordert haben, die einseitigen Zwangsmaßnahmen gegen unser Land vorübergehend aufzuheben, die Spenden über US-amerikanische Banken und den Kauf von Materialien für den Wiederaufbau der betroffenen Gebiete zu genehmigen.

Herr Präsident,
sehr geehrte Ständige Vertreter,
sehr geehrte Delegierte,
Millionen von Kubanern beobachten, was in diesem Raum gerade passiert. Sie haben Ihren Reden zugehört und verfolgen aufmerksam Ihre Abstimmung.

In Ihrem Namen möchte ich Ihnen für die Erklärungen zur Ablehnung der Blockade danken, die Dutzende von Staats- und Regierungschefs und andere Würdenträger in der Generaldebatte dieser Sitzung und auch die Redner in den Sitzungen von gestern und heute Morgen abgegeben haben.

Wenn Sie in Kürze abstimmen, entscheiden Sie nicht nur über eine Angelegenheit von vitalem Interesse für Kuba und die Kubaner.

Sie werden auch für die Charta der Vereinten Nationen und das Völkerrecht stimmen. Sie werden sich für Vernunft und Gerechtigkeit einsetzen.

Lassen Sie Kuba in Frieden leben!

Kuba ginge es besser ohne Blockade!

Jeder kubanischen Familie ginge es besser ohne die Blockade!

Den US-Amerikanern ginge es besser ohne die Blockade gegen Kuba!

Die Vereinigten Staaten wären ein besseres Land ohne die Blockade gegen Kuba!

Die Welt ginge es besser ohne die Blockade!

Ich bitte Sie höflich, für den Resolutionsentwurf A/77/L.5 mit dem Titel „Notwendigkeit der Beendigung der von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade“ zu stimmen. Ich tue dies im Namen des tapferen, noblen und würdigen kubanischen Volkes, das trotz aller Widrigkeiten nicht besiegt wurde und nicht besiegt werden wird, im Namen unserer Kinder und Jugendlichen, die sich der Politik des Hasses widersetzen, aber unter ihren grausamen Auswirkungen leiden, im Namen der Generationen von Kubanern, die unter dem grausamsten und langwierigsten System von Zwangsmaßnahmen geboren wurden und noch geboren werden, das jemals gegen ein Land angewandt wurde und das zum Wohle aller abgeschafft werden muss.

Ich danke Ihnen vielmals.

Anzeige



Vincent Bevins

Die Jakarta-Methode

Wie ein mörderisches Programm Washingtons unsere Welt bis heute prägt

Übersetzt und mit einem Nachwort von Glenn Jäger
ISBN 978-3-89438-788-4 | Klappenbroschur | 427 Seiten | € 28,-

»Was am schockierendsten und zugleich für dieses Buch am bedeutendsten ist: Beide Ereignisse – Brasilien 1964 und Indonesien 1965 – führten zur Entstehung eines ungeheuerlichen internationalen Netzwerks der Vernichtung, das heißt des systematischen Massenmords an Zivilisten. Die Vorkommnisse betrafen viele weitere Länder, und sie waren entscheidend für die Herausbildung jener Welt, in der wir heute leben.« (aus der Einleitung)

»Fesselnd. ... ein Werk des erzählenden Journalismus, das die Geschichte der gewaltsamen Einmischung der USA in Südostasien und Lateinamerika durch die Geschichten derjenigen nachzeichnet, die es brutalisiert hat.« (Jacobin)

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de



In der UN-Generallversammlung haben 185 Staaten für die Resolution zur Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba gestimmt. Damit wurden die USA seit 1992 zum 30. Mal von den Vereinten Nationen einhellig verurteilt.

Item 36 - Draft resolution A/77/L.5
Necessity of ending the economic, commercial and financial embargo imposed by the United States of America against

<input checked="" type="checkbox"/> AFGHANISTAN	<input checked="" type="checkbox"/> CAMEROON	<input checked="" type="checkbox"/> FINLAND	<input checked="" type="checkbox"/> KUWAIT	<input checked="" type="checkbox"/> NEPAL	<input checked="" type="checkbox"/> SAUDI ARABIA	<input checked="" type="checkbox"/> UKRAINE
<input checked="" type="checkbox"/> ALBANIA	<input checked="" type="checkbox"/> CANADA	<input checked="" type="checkbox"/> FRANCE	<input checked="" type="checkbox"/> KYRGYZSTAN	<input checked="" type="checkbox"/> NETHERLANDS	<input checked="" type="checkbox"/> SENEGAL	<input checked="" type="checkbox"/> UNITED ARAB EMIR...
<input checked="" type="checkbox"/> ALGERIA	<input checked="" type="checkbox"/> CENTRAL AFR REP...	<input checked="" type="checkbox"/> GABON	<input checked="" type="checkbox"/> LAO PDR	<input checked="" type="checkbox"/> NEW ZEALAND	<input checked="" type="checkbox"/> SERBIA	<input checked="" type="checkbox"/> UNITED KINGDOM...
<input checked="" type="checkbox"/> ANDORRA	<input checked="" type="checkbox"/> CHAD	<input checked="" type="checkbox"/> GAMBIA	<input checked="" type="checkbox"/> LATVIA	<input checked="" type="checkbox"/> NICARAGUA	<input checked="" type="checkbox"/> SEYCHELLES	<input checked="" type="checkbox"/> UNITED REP TANZA...
<input checked="" type="checkbox"/> ANGOLA	<input checked="" type="checkbox"/> CHILE	<input checked="" type="checkbox"/> GEORGIA	<input checked="" type="checkbox"/> LEBANON	<input checked="" type="checkbox"/> NIGER	<input checked="" type="checkbox"/> SIERRA LEONE	<input checked="" type="checkbox"/> UNITED STATES
<input checked="" type="checkbox"/> ANTIGUA-BARBUDA	<input checked="" type="checkbox"/> CHINA	<input checked="" type="checkbox"/> GERMANY	<input checked="" type="checkbox"/> LESOTHO	<input checked="" type="checkbox"/> NIGERIA	<input checked="" type="checkbox"/> SINGAPORE	<input checked="" type="checkbox"/> URUGUAY
<input checked="" type="checkbox"/> ARGENTINA	<input checked="" type="checkbox"/> COLOMBIA	<input checked="" type="checkbox"/> GHANA	<input checked="" type="checkbox"/> LIBERIA	<input checked="" type="checkbox"/> NORTH MACEDONIA	<input checked="" type="checkbox"/> SLOVAKIA	<input checked="" type="checkbox"/> UZBEKISTAN
<input checked="" type="checkbox"/> ARMENIA	<input checked="" type="checkbox"/> COMOROS	<input checked="" type="checkbox"/> GREECE	<input checked="" type="checkbox"/> LIBYA	<input checked="" type="checkbox"/> NORWAY	<input checked="" type="checkbox"/> SLOVENIA	<input checked="" type="checkbox"/> VANUATU
<input checked="" type="checkbox"/> AUSTRALIA	<input checked="" type="checkbox"/> CONGO	<input checked="" type="checkbox"/> GRENADA	<input checked="" type="checkbox"/> LIECHTENSTEIN	<input checked="" type="checkbox"/> OMAN	<input checked="" type="checkbox"/> SOLOMON ISLANDS	<input checked="" type="checkbox"/> VENEZUELA
<input checked="" type="checkbox"/> AUSTRIA	<input checked="" type="checkbox"/> COSTA RICA	<input checked="" type="checkbox"/> GUATEMALA	<input checked="" type="checkbox"/> LITHUANIA	<input checked="" type="checkbox"/> PAKISTAN	<input checked="" type="checkbox"/> SOMALIA	<input checked="" type="checkbox"/> VIET NAM
<input checked="" type="checkbox"/> AZERBAIJAN	<input checked="" type="checkbox"/> COTE D'IVOIRE	<input checked="" type="checkbox"/> GUINEA	<input checked="" type="checkbox"/> LUXEMBOURG	<input checked="" type="checkbox"/> PALAU	<input checked="" type="checkbox"/> SOUTH AFRICA	<input checked="" type="checkbox"/> YEMEN
<input checked="" type="checkbox"/> BAHAMAS	<input checked="" type="checkbox"/> CROATIA	<input checked="" type="checkbox"/> GUINEA-BISSAU	<input checked="" type="checkbox"/> MADAGASCAR	<input checked="" type="checkbox"/> PANAMA	<input checked="" type="checkbox"/> SOUTH SUDAN	<input checked="" type="checkbox"/> ZAMBIA
<input checked="" type="checkbox"/> BAHRAIN	<input checked="" type="checkbox"/> CUBA	<input checked="" type="checkbox"/> GUYANA	<input checked="" type="checkbox"/> MALAWI	<input checked="" type="checkbox"/> PAPUA NEW GUINEA	<input checked="" type="checkbox"/> SPAIN	<input checked="" type="checkbox"/> ZIMBABWE
<input checked="" type="checkbox"/> BANGLADESH	<input checked="" type="checkbox"/> CYPRUS	<input checked="" type="checkbox"/> HAITI	<input checked="" type="checkbox"/> MALAYSIA	<input checked="" type="checkbox"/> PARAGUAY	<input checked="" type="checkbox"/> SRI LANKA	
<input checked="" type="checkbox"/> BARBADOS	<input checked="" type="checkbox"/> CZECHIA	<input checked="" type="checkbox"/> HONDURAS	<input checked="" type="checkbox"/> MALDIVES	<input checked="" type="checkbox"/> PERU	<input checked="" type="checkbox"/> SUDAN	
<input checked="" type="checkbox"/> BELARUS	<input checked="" type="checkbox"/> DEM PR OF KOREA	<input checked="" type="checkbox"/> HUNGARY	<input checked="" type="checkbox"/> MALI	<input checked="" type="checkbox"/> PHILIPPINES	<input checked="" type="checkbox"/> SURINAME	
<input checked="" type="checkbox"/> BELGIUM	<input checked="" type="checkbox"/> DEM REP OF THE C...	<input checked="" type="checkbox"/> ICELAND	<input checked="" type="checkbox"/> MALTA	<input checked="" type="checkbox"/> POLAND	<input checked="" type="checkbox"/> SWEDEN	
<input checked="" type="checkbox"/> BELIZE	<input checked="" type="checkbox"/> DENMARK	<input checked="" type="checkbox"/> INDIA	<input checked="" type="checkbox"/> MARSHALL ISLANDS	<input checked="" type="checkbox"/> PORTUGAL	<input checked="" type="checkbox"/> SWITZERLAND	
<input checked="" type="checkbox"/> BENIN	<input checked="" type="checkbox"/> DJIBOUTI	<input checked="" type="checkbox"/> INDONESIA	<input checked="" type="checkbox"/> MAURITANIA	<input checked="" type="checkbox"/> QATAR	<input checked="" type="checkbox"/> SYRIAN ARAB REP...	
<input checked="" type="checkbox"/> BHUTAN	<input checked="" type="checkbox"/> DOMINICA	<input checked="" type="checkbox"/> IRAN (ISLAMIC REP...	<input checked="" type="checkbox"/> MAURITIUS	<input checked="" type="checkbox"/> REP OF KOREA	<input checked="" type="checkbox"/> TAJIKISTAN	
<input checked="" type="checkbox"/> BOLIVIA	<input checked="" type="checkbox"/> DOMINICAN REP...	<input checked="" type="checkbox"/> IRAQ	<input checked="" type="checkbox"/> MEXICO	<input checked="" type="checkbox"/> REP OF MOLDOVA	<input checked="" type="checkbox"/> THAILAND	
<input checked="" type="checkbox"/> BOSNIA-HERZEGOVI...	<input checked="" type="checkbox"/> ECUADOR	<input checked="" type="checkbox"/> IRELAND	<input checked="" type="checkbox"/> MICRONESIA (FS)	<input checked="" type="checkbox"/> ROMANIA	<input checked="" type="checkbox"/> TIMOR-LESTE	
<input checked="" type="checkbox"/> BOTSWANA	<input checked="" type="checkbox"/> EGYPT	<input checked="" type="checkbox"/> ISRAEL	<input checked="" type="checkbox"/> MONACO	<input checked="" type="checkbox"/> RUSSIAN FED...	<input checked="" type="checkbox"/> TOGO	
<input checked="" type="checkbox"/> BRAZIL	<input checked="" type="checkbox"/> EL SALVADOR	<input checked="" type="checkbox"/> ITALY	<input checked="" type="checkbox"/> MONGOLIA	<input checked="" type="checkbox"/> RWANDA	<input checked="" type="checkbox"/> TONGA	
<input checked="" type="checkbox"/> BRUNEI DARUSSAL...	<input checked="" type="checkbox"/> EQUATORIAL GUINEA	<input checked="" type="checkbox"/> JAMAICA	<input checked="" type="checkbox"/> MONTENEGRO	<input checked="" type="checkbox"/> SAINT VINCENT-GR...	<input checked="" type="checkbox"/> TRINIDAD-TOBAGO	
<input checked="" type="checkbox"/> BULGARIA	<input checked="" type="checkbox"/> ERITREA	<input checked="" type="checkbox"/> JAPAN	<input checked="" type="checkbox"/> MOROCCO	<input checked="" type="checkbox"/> SAMOA	<input checked="" type="checkbox"/> TUNISIA	
<input checked="" type="checkbox"/> BURKINA FASO	<input checked="" type="checkbox"/> ESTONIA	<input checked="" type="checkbox"/> JORDAN	<input checked="" type="checkbox"/> MOZAMBIQUE	<input checked="" type="checkbox"/> SAN MARINO	<input checked="" type="checkbox"/> TURKMENISTAN	
<input checked="" type="checkbox"/> BURUNDI	<input checked="" type="checkbox"/> ESWATINI	<input checked="" type="checkbox"/> KAZAKHSTAN	<input checked="" type="checkbox"/> MYANMAR	<input checked="" type="checkbox"/> SAO TOME-PRINCIPE	<input checked="" type="checkbox"/> TURKEY	
<input checked="" type="checkbox"/> CABO VERDE	<input checked="" type="checkbox"/> ETHIOPIA	<input checked="" type="checkbox"/> KENYA	<input checked="" type="checkbox"/> NAMIBIA		<input checked="" type="checkbox"/> UGANDA	
<input checked="" type="checkbox"/> CAMBODIA	<input checked="" type="checkbox"/> FIJI	<input checked="" type="checkbox"/> KIRIBATI	<input checked="" type="checkbox"/> NAURU			

Audio English

UN Web TV

IN FAVOUR: 185 **AGAINST: 2** **ABSTENTION: 2**



United States Mission to
the United Nations

Erklärung der US-Vertretung nach der Abstimmung zum Kuba-Embargo

Vielen Dank, Herr Präsident, und vielen Dank an die Mitglieder der Generalversammlung.

Die Vereinigten Staaten unterstützen das kubanische Volk weiterhin in seinem Streben nach Freiheit, Wohlstand und einer Zukunft mit mehr Würde. Wir konzentrieren uns auf das politische und wirtschaftliche Wohlergehen des kubanischen Volkes und stellen Demokratie, Menschenrechte und Grundfreiheiten in den Mittelpunkt unserer Bemühungen.

Die kubanische Regierung hat mit harten Gefängnisstrafen, auch gegen Minderjährige, Einschüchterungstaktiken, Verhaftungen, Internetunterbrechungen, von der Regierung gesponsertem Mob und entsetzlichen Haftbedingungen versucht, Kubaner an der Wahrnehmung ihrer Menschenrechte zu hindern.

Kubanische Sicherheitsbeamte haben auch Menschenrechtsaktivisten und Journalisten ins Exil gezwungen, die entweder festgenommen oder vor ihren Aktivitäten gewarnt worden waren. Gemeinsam mit internationalen Partnern drängen wir die kubanische Regierung, politische Gefangene unverzüglich und bedingungslos freizulassen und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit aller Personen in Kuba zu schützen.

Während wir die kubanische Regierung zur Rechenschaft ziehen, ist unsere Unterstützung für das kubanische Volk unerschütterlich. Das Embargo umfasst Ausnahmen und Genehmigungen für die Ausfuhr von Lebensmitteln, Medikamenten und anderen humanitären Gütern nach Kuba.

Wir sind uns der Herausforderungen bewusst, vor denen das kubanische Volk steht. Die Menschen in den Vereinigten Staaten und US-Organisationen spenden eine beträchtliche Menge an humanitären Gütern für das kubanische Volk, und die Vereinigten Staaten sind einer der wichtigsten Handelspartner Kubas. Seit 1992 haben die Vereinigten Staaten Exporte in Milliardenhöhe nach Kuba genehmigt, darunter Lebensmittel und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse, Medikamente, medizinische Geräte, Telekommunikationsausrüstung, Konsumgüter und andere Artikel zur Unterstützung des kubanischen Volkes. Allein im Jahr 2021 exportierten US-Unternehmen landwirtschaftliche Güter im Wert von über 295 Millionen Dollar nach Kuba, darunter auch Lebensmittel, um die Grundbedürfnisse des kubanischen Volkes zu decken.

Im vergangenen Monat kündigten die Vereinigten Staaten nach den verheerenden Auswirkungen des Hurrikans Ian an, dass sie dem kubanischen Volk über vertrauenswürdige internationale Partner, die direkt mit den Kubanern zusammenarbeiten, deren Gemeinden durch den Sturm verwüstet wurden, wichtige humanitäre Hilfe leisten werden. Die U. S. Agency for International Development wird 2 Millionen Dollar für die Nothilfe für die Bedürftigen in Kuba bereitstellen.

Herr Präsident,

die Vereinigten Staaten lehnen diese Resolution ab, aber wir stehen an der Seite des kubanischen Volkes und werden weiterhin nach Möglichkeiten suchen, es sinnvoll zu unterstützen. Wir ermutigen dieses Gremium, die kubanische Regierung aufzufordern, auf das kubanische Volk und seine Forderungen zu hören, seine Zukunft selbst zu bestimmen.

Vielen Dank

John Kelley, Politischer Berater, Mission der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen
3.11.2022, New York

Eine Erwiderung, die des mutigen Volkes von Kuba würdig ist

Nach der Abstimmung in der UNO machten die USA von ihrem Recht auf Erwiderung Gebrauch, wofür die Insel mit unwiderlegbaren Argumenten antwortete.

Die internationale Gemeinschaft hat zum 30. Mal ihre uneingeschränkte Unterstützung für Kuba und die Notwendigkeit der Beendigung der von den Vereinigten Staaten verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade bekundet.

Dennoch tritt Washington bei den Vereinten Nationen mit einem inakzeptablen Diskurs auf, der seine völkermörderische Politik zu rechtfertigen versucht. Aber es gibt noch kein linguistisches Make-up mit dem man eine Politik rechtfertigen könnte, die die Situation eines ganzen Landes verschlimmert. Er besteht weiterhin darauf, dass die Blockade aufrechterhalten werde, um „das kubanische Volk zu unterstützen“ und dass man dies im „Namen der Demokratie“ tue. Aber wie erklären Sie das den Familien von Kindern, die nicht rechtzeitig eine Prothese, ein Medikament, eine Operation erhalten können? Von welcher Unterstützung und Demokratie sprechen Sie?

Wie kann der US-Vertreter sagen, dass er sich um das kubanische Volk sorgt, wenn seine Regierung im schlimmsten Moment der Covid-19-Pandemie verhindert, dass unser Land Zugang zu Behandlungen, medizinischem Sauerstoff und dem Kauf von Rohstoffen zur Herstellung von Impfstoffen und Lungenbeatmungsgeräten erhält? Das ist keine Unterstützung der Demokratie, das ist ein Akt des Völkermords.

„Wenn der US-Regierung das Wohlergehen, die Menschenrechte und die Selbstbestimmung der Kubaner wirklich am Herzen lägen, würde sie die Blockade aufheben“, sagte der Geschäftsträger a.i. der Ständigen Vertretung Kubas bei den Vereinten Nationen, Yuri Gala López.

Der Vertreter der USA behauptete in einer Rede, die so wenig Argumente enthielt, dass sie kaum vier Minuten dauerte, dass sein Land für die individuelle Freiheit in Kuba eintreten würde, die USA haben jedoch die Beschränkungen, die kubanischen Unternehmern direkt schaden, nicht aufgehoben.

Als Argumente für die Blockade führte der US-Vertreter die Verhaftungen während der Unruhen vom 11. Juli 2021 auf der Insel an. Daraufhin erklärte Gala López, es sei falsch zu behaupten, dass Menschen, die am 11. Juli friedlich demonstrierten, festgenommen, vor Gericht gestellt oder unterdrückt worden seien.

„Diejenigen, die im Rahmen dieser Unruhen Straftaten begangen haben, wurden mit allen rechtlichen Garantien vor Gericht gestellt. Es ist unannehmbar, dass Sie versuchen, mit dem Finger auf uns zu zeigen,

weil wir unsere verfassungsmäßige Ordnung aufrechterhalten, wo doch gerade in den USA mehr als 800 Menschen wegen der Vorfälle vom 6. Januar 2021 verhaftet wurden“, sagte er.

Der Diplomat warf auch die Frage auf, ob die USA das einzige Land der Welt seien, das das Recht habe, seine Institutionen zu verteidigen.

Er betonte, dass wir in Kuba „nicht zulassen werden, dass die Legalität gebrochen wird oder dass versucht wird, die verfassungsmäßige Ordnung und das politische System, das die Kubaner frei gewählt haben, im Dienste einer externen Agenda des Regimewechsels zu untergraben. Wir werden unseren rechtlichen und institutionellen Rahmen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte, einschließlich des Versammlungsrechts, weiter stärken und gleichzeitig für die strikte Anwendung und Einhaltung unserer Gesetze sorgen“, fügte er hinzu.

Der Vertreter der USA konzentrierte sich auf die angebliche Inhaftierung von Minderjährigen, obwohl die kubanischen Behörden ausreichende Informationen vorgelegt haben, um die Einhaltung eines ordnungsgemäßen Verfahrens zu bestätigen und klargestellt wurde, dass Kuba unter keinen Umständen Minderjährige unter 16 Jahren strafrechtlich zur Verantwortung zieht.

„Die einzigen willkürlichen Verhaftungen und langen Gefängnisaufenthalte, die auf kubanischem Territorium stattfinden, sind diejenigen, die von der US-Regierung auf dem illegalen Marinestützpunkt in Guantánamo durchgeführt werden“, fügte der kubanische Diplomat hinzu.

Vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen haben die Vereinigten Staaten im Rahmen ihres Rechts auf Erwiderung auf die überwältigende Niederlage, die sie erlitten haben - und die durch 185 Stimmen für die kubanische Resolution belegt ist - als Rechtfertigungsargument ihre angebliche Verteidigung der Demokratie vorgebracht. Aber der Vertreter eines Landes, in dessen Wahlkampf es keine ethischen Grenzen gibt, in dem Hass, Spaltung, Egoismus, Verleumdung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Lügen gefördert werden, wo Geld und Unternehmensinteressen darüber entscheiden, wer gewählt wird oder nicht, kann nicht von richtigen Wahlen und Demokratie sprechen“, sagte Gala López.

„Kuba braucht keine Lektionen in Sachen Demokratie oder Menschenrechte, schon gar nicht von den

USA. Wir werden solche Infragestellungen nicht akzeptieren, vor allem nicht, wenn sie dazu benutzt werden, das längste und umfassendste System von Zwangsmaßnahmen und einseitigen Maßnahmen zu rechtfertigen, das jemals gegen einen Staat angewandt wurde”.

In diesem Zusammenhang forderte er die US-Regierung auf, sich um die Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, die repressive Politik gegenüber Einwanderern und Minderheiten, die fehlende Gleichstellung der Geschlechter, den Rassismus und die Diskriminierung von Menschen afrikanischer Abstammung, die Brutalität der Polizei, die mehr als tausend Todesfälle pro Jahr als Folge von Schüssen durch die Polizei, die Geheimgefängnisse, außergerichtliche Hinrichtungen und die Anwendung von Folter zu kümmern.

Er wies darauf hin, dass die USA das einzige Land der Welt sind, das der Konvention über die Rechte des Kindes nicht beigetreten ist und auch das einzige Land ist, in dem Kinder unter 18 Jahren zu lebenslanger Haft ohne Bewährung verurteilt werden. Allein im Jahr 2021 wurden nach Angaben des Children’s Defense Fund zwischen 600.000 und 700.000 Jugendliche in den Vereinigten Staaten inhaftiert.

Heuchlerischerweise behauptete die US-Delegation, dass sie seit 1992 Ausfuhren in Millionenhöhe nach Kuba genehmigt habe, darunter Medikamente, medizinisches Material und Lebensmittel.

Aber auch das ist eine Lüge, denn nach Aussage des Vertreters Kubas bei den Vereinten Nationen haben die USA die Millionenbeträge, die die US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID) für die Subversion in Kuba bereitstellt, ebenso zynisch dabei miteinbezogen wie die Pakete, die kubanische Emigranten unter großen Anstrengungen schicken, oder die bescheidenen Spenden, die unter Überwindung verschiedener Schwierigkeiten von Organisationen geschickt werden, die sich mit Kuba solidarisch zeigen.

Er führte weiter aus, dass die Regierung von Präsident Joe Biden den Kongress im Jahr 2022 um 20 Millionen Dollar für die so genannten Programme zur angeblichen Förderung der Demokratie in Kuba und fast 13 Millionen für die illegalen Sendungen von Radio und TV Martí gebeten habe.

„Es handelt sich um ein Verhalten, das im Widerspruch zu der hohen Sensibilität steht, die dieses Land gegenüber jedem Versuch oder Verdacht einer Einmischung in seine inneren Angelegenheiten an den Tag legt, jedoch bei uns beabsichtigt, eine politische Opposition zu schaffen und die verfassungsmäßige Ordnung zu zerbrechen”, prangerte Gala López in seinem Recht auf Gegendarstellung an.

Es gehört schon viel Zynismus dazu, vor die Vereinten Nationen zu treten, wo 185 Nationen Nein zur

Blockade gesagt haben, und ohne stichhaltige Argumente zu versuchen, eine Politik zu rechtfertigen, die nicht nur Milliarden von Dollar kostet, sondern auch die Schlaflosigkeit und das Leid aller Kubaner, die wir am eigenen Leib unter den Auswirkungen dieser Politik leiden, und dennoch stehen wir jeden Tag auf, um weiterhin den Namen Kubas hochzuhalten.

Man muss schon sehr scheinheilig sein, um vor die UNO zu treten und die kubanische Regierung aufzufordern, auf das Volk zu hören und die politischen Gefangenen freizulassen, wenn die ganze Welt bei 30 Gelegenheiten darauf gedrängt, gebeten und gefordert hat, dass die US-Regierung ihre Blockadepolitik gegen Kuba aufhebt, und diese nichts weiter getan hat, als ihre restriktiven Maßnahmen zu verstärken.

Der kubanische Vertreter sagte es, und auch die internationale Gemeinschaft schloss sich der Forderung an, die ebenso dringend ist wie die Beendigung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade: Die Vereinigten Staaten müssen Moral in ihre Politik bringen.

Wie auch Gala López anmerkte, „sollte die Debatte nicht durch falsche Anschuldigungen der US-Delegation vom Thema ablenken, während diese Versammlung mit überwältigender Mehrheit eine eindeutige Botschaft über die Dringlichkeit der Beendigung der Blockade ausgesandt hat”.

Er schloss seine Rede mit einem Ausspruch des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas und Präsidenten der Republik, Miguel Díaz-Canel Bermúdez, der zum Abschluss des 22. Internationalen Treffens der Kommunistischen und Arbeiterparteien den Kampfgeist des kubanischen Volkes zusammenfasste:

„Wir sind entschlossen und kreativ gegen die kriminelle Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der Vereinigten Staaten vorgegangen, die in der Zeit, als wir mit der Pandemie konfrontiert waren, auf opportunistische Weise verschärft wurde.

Das kubanische Volk hat weder den Medien und den subversiven Kampagnen nachgegeben, die darauf abzielen, die Realität zu verzerren und die Nation zu spalten, noch den wirtschaftlichen Auswirkungen der unrechten Aufnahme Kubas in die Liste der Länder, die angeblich den Terrorismus unterstützen, was zusätzliche Schwierigkeiten für die Entwicklung und die Befriedigung der Bedürfnisse unseres Volkes mit sich bringt.

Kein Hindernis wird unsere Entschlossenheit zu widerstehen, zu kämpfen und zu siegen aufhalten können!“

Milagros Pichardo Pérez
Granma, November 2022

Granma Internacional bestellen!

Monatlich authentische Informationen aus Kuba – in deutscher Sprache



- unter www.jungewelt.de/gramma
- per Abotelefon: 0 30/53 63 55-80/-81/-82
- oder nutzen Sie untenstehenden Coupon

Einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH/Granma, Torstraße 6,
10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-48.

Ja, ich bestelle die deutschsprachige Ausgabe der Zeitung *Granma Internacional* für mindestens ein Jahr.

Das Abo verlängert sich um ein weiteres Jahr, wenn ich es nicht sechs Wochen vor Ende des jeweiligen Liefer-/Rechnungsjahres (Poststempel) bei Ihnen kündige. Für Lieferungen ins Ausland werden 5,00€/Jahr Zusatzporto berechnet.

Frau Herr Cuba libre

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Land

Telefon/E-Mail

Ich bestelle das Normalabo (18 €/Jahr) Förderabo (33 €/Jahr)
Das Abo bezahle ich per Rechnungslegung

Datum/Unterschrift

Erklärung der EU zur Resolution der UN-Generalversammlung

Erklärung der Europäischen Union zur Abstimmung über die Resolution der 77. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die „Notwendigkeit der Aufhebung des von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzembargos“.



Herr Präsident!

ich habe die Ehre, im Namen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten zu sprechen.

Die Kandidatenländer Nordmazedonien*, Montenegro*, Serbien*, Albanien*, das Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenzielles Kandidatenland Bosnien und Herzegowina, schließen sich dieser Erklärung an.

Das von den Vereinigten Staaten gegen Kuba verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzembargo hat schädliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage des Landes und wirkt sich negativ auf den Lebensstandard der kubanischen Bevölkerung aus. Außenhandel und ausländische Investitionen können eine entscheidende Rolle dabei spielen, das Land auf den Weg der Modernisierung, der Reformen und des nachhaltigen Wachstums zu bringen und ihm zu helfen, die wirtschaftliche Notlage zu überwinden, die durch die COVID-19-Pandemie verursacht und durch die jüngsten Brände in Matanzas und die schrecklichen Zerstörungen durch den Hurrikan Ian noch verschärft wurde. Die EU ist daher der Auffassung, dass die Aufhebung des Embargos die Wirksamkeit der Wirtschaftsreformen erhöhen und die Öffnung der kubanischen Wirtschaft zum Nutzen des kubanischen Volkes erleichtern könnte.

Wir sind besorgt über die Menschenrechtslage in Kuba, insbesondere nach den Ereignissen vom 11. und 12. Juli 2021, über die bisher ergangenen strengen Urteile der kubanischen Gerichte und über die bürgerlichen und politischen Rechte. Wir fordern die kubanische Regierung daher erneut auf, ihren Bürgern die international anerkannten bürgerlichen, politischen und wirtschaftlichen Rechte und Freiheiten, einschließlich der Versammlungsfreiheit, der Freiheit der Meinungsäußerung und des freien Zugangs zu Informationen, uneingeschränkt zu gewähren, alle politischen Gefangenen freizulassen, den UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte und den Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu ratifizieren und eine ständige Einladung an alle UN-Sonderverfahren zum Besuch Kubas auszusprechen. Wir glauben auch, dass die Stärkung der Zivilgesellschaft für die Förderung und den Schutz aller Menschenrechte von wesentlicher Bedeutung ist, und fordern die kubanische Regierung auf, Räume für einen konstruktiven und umfassenden Dialog ohne Vorbedingungen mit dem gesamten Spektrum der zivilgesellschaftlichen Akteure auf der Insel zu öffnen. Ein breites Spektrum der Zivilgesellschaft, sowohl der kubanischen als auch der europäischen, sollte auch in die Umsetzung des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba (PDCA) einbezogen werden.

Die EU ist der Ansicht, dass ein positiver Wandel in Kuba am besten durch ein engeres Engagement auf allen Ebenen - Regierung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, aber auch durch den Austausch zwischen den Menschen - erreicht werden kann. Wir begrüßen daher die von der US-Regierung für 2022 angekündigten Maßnahmen zur Lockerung der Beschränkungen für Familienüberweisungen und Reisen auf die Insel sowie zur vollständigen Wiederaufnahme der konsularischen Dienstleistungen. Die erneute Einstufung Kubas als Staat, der den Terrorismus unterstützt, durch die vorherige US-Regierung, ohne dass neue Fakten vorgelegt wurden, und die Beibehaltung des Landes auf der Liste, obwohl ELN-Mitglieder aus Kolumbien das Land verlassen haben, hat jedoch zu Hindernissen für internationale Finanztransaktionen mit der Insel geführt. Darüber hin-

aus hat das Embargo Kubas Möglichkeiten zur Einfuhr von Arzneimitteln, medizinischen Geräten und anderen medizinischen Gütern eingeschränkt, die für die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie benötigt werden.

Neben den schädlichen Auswirkungen des Embargos auf die kubanische Bevölkerung wirken sich die US-Sanktionen und andere administrative und gerichtliche Maßnahmen auch negativ auf die wirtschaftlichen Interessen der EU aus.

Wir haben uns entschieden und kontinuierlich gegen derartige Maßnahmen ausgesprochen, da sie extraterritorial angewandt werden und sich auf die Europäische Union auswirken, was gegen die allgemein anerkannten Regeln des internationalen Handels verstößt. Wir können nicht akzeptieren, dass solche Maßnahmen unsere Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu Kuba beeinträchtigen.

Die EU lehnt die Aktivierung der Titel III und IV des Helms-Burton-Gesetzes durch die USA im April 2019 entschieden ab. Dies verstößt gegen die von den USA in den Abkommen zwischen den USA und der EU von 1997 und 1998 eingegangenen Verpflichtungen. Wir werden alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um gegen die Auswirkungen des Helms-Burton-Gesetzes vorzugehen, auch in Bezug auf unsere WTO-Rechte und durch die Anwendung des EU-Sperrstatuts, das vor der extraterritorialen Anwendung dieser US-Sanktionen auf in Kuba tätige EU-Bürger, Unternehmen und NROs schützt.

Herr Präsident,

Für die EU sind die internationale Zusammenarbeit, der Dialog und ein engeres - auch kritisches - Engagement der richtige Weg gegenüber Kuba. Die vorläufige Anwendung des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit (PDCA) zwischen der EU und Kuba befindet sich nun im fünften Jahr. Das Abkommen hat unsere bilateralen Beziehungen auf eine neue und solide rechtliche Grundlage gestellt und legt eine Agenda für ein kritisches Engagement mit Kuba fest, die es uns auch ermöglichen wird, Kuba auf seinem Reform- und Modernisierungsweg zu unterstützen und zu begleiten.

Wir verstärken den Dialog und die Zusammenarbeit auch in Fragen, in denen wir noch grundlegende Differenzen haben. Zu diesem Zweck hat das PDCA einen Menschenrechtsdialog eingerichtet, der einen wichtigen Pfeiler unserer Beziehungen darstellt. Das vierte formelle Treffen im Rahmen dieses Dialogs wird im Jahr 2023 stattfinden.

Nach der Verabschiedung der neuen Verfassung des Landes und zur Überwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Krise fordern wir Kuba auf, dafür zu sorgen, dass seine Reformagenda wirtschaftliche, juristische und soziale Reformen umfasst und in einer Weise umgesetzt wird, die auf die wichtigsten Anliegen der kubanischen Bevölkerung eingeht und dem legitimen Wunsch des kubanischen Volkes nach mehr Möglichkeiten der Beteiligung an der Gestaltung der Zukunft des Landes entspricht.

Mit dem Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba bietet die EU Kuba eine kohärente und verlässliche Partnerschaft, um das Land bei der Reform seines politischen und wirtschaftlichen Modells, bei der Verfolgung einer nachhaltigen Entwicklung und bei der Suche nach gemeinsamen Lösungen für die globalen Herausforderungen zu unterstützen und gleichzeitig weiterhin für Demokratie und die Achtung der Menschenrechte einzutreten, was im ausschließlichen Interesse aller kubanischen Bürger liegt.

Wir sind der Auffassung, dass das US-Embargo nicht zur Förderung dieser Ziele beiträgt, sondern ihre Verwirklichung behindert. Vor diesem Hintergrund werden die Mitgliedstaaten der Europäischen Union einstimmig für den Entschließungsentwurf stimmen.

* Nordmazedonien, Montenegro, Serbien und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen in New York
03.11.2022, New York

Mangelnde Umsetzung der EU-Verordnung Nr. 2271/96



Freundschaftsgesellschaft
BRD – Kuba e.V.

Stehen US-amerikanische
Blockadegesetze
über europäischem
und deutschem Recht?!

Diese für alle EU-Mitgliedsländer direkt bindende Verordnung gegen die Unterwerfung unter die US-Blockade ist eindeutig:

„Das Blockade-Statut gilt für die in seinem Anhang genannten extraterritorialen Rechtsvorschriften.

Es untersagt in der EU ansässigen Personen und Unternehmen („Wirtschaftsteilnehmern“), die aufgeführten extraterritorialen Rechtsvorschriften zu befolgen – es sei denn, dies wird ihnen von der Kommission ausnahmsweise gestattet – und räumt ihnen für den Fall, dass sie durch die genannten Rechtsvorschriften Schaden erleiden, die Möglichkeit ein, von den verursachenden Personen oder Unternehmen eine Entschädigung zu verlangen. Außerdem werden Urteile ausländischer Gerichte, die zur Durchsetzung der Sanktionen verhängt werden, in der EU nicht anerkannt.“

Aus der Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 6. August 2018

Die Rechtslage ist also klar. Doch obwohl die EU-Staaten und die Bundesregierung zwar in der UNO regelmäßig gegen die US-Blockade stimmen, unternehmen sie nichts. Geltendes Recht wird nicht umgesetzt. Wurde die Postbank etwa belangt, als sie sich rechtswidrig der US-Blockade unterwarf, indem sie sich weigerte, die Hurrikan-Spendengelder des Netzwerks Cuba nach Kuba zu überweisen? So könnte man noch mehrere Beispiele aufzählen. Bundesregierung und EU müssen sich endlich an ihr eigenes Recht halten und ihm Geltung verschaffen. Das ist der Mindestanspruch an einen Rechtsstaat.

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba

#UnblockCuba

Kuba 185 : 2 USA

Am 3. November 2022 verurteilte die UN-Vollversammlung mit 185 zu zwei Stimmen bei zwei Enthaltungen und vier Nichtteilnahmen die US-Blockade gegen Kuba.

Worten müssen endlich Taten folgen: **Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade aufheben!**

Informiere Dich! Werde aktiv!

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba fordert: „Mit der Blockade gegen Kuba muss jetzt sofort Schluss sein!“



Die UN Generalversammlung hat am heutigen 3. November 2022 zum 30. Mal in Folge klar für die Beendigung der Handels-, Wirtschafts- und Finanzblockade der USA gegen Kuba gestimmt. Auch in diesem Jahr hat sich wieder eine überwältigende Mehrheit der Staaten der Welt hinter den von Kuba eingebrachte Resolutionsentwurf gestellt.

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e. V. fordert die Bundesregierung und die EU auf, sich klar und deutlich an die Seite des kubanischen Volkes zu stellen. Mit der Blockade der USA gegen Kuba muss jetzt sofort Schluss sein!

Die Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Petra Wegener, erklärt dazu: „Im Schatten des Ukrainekrieges versuchen die USA alles, um einen Regimechange auf Kuba durchzuführen. Hierzu ist ihnen jedes Mittel recht und keine Lüge zu schmutzig. Über die Politik der US-Regierung unter der Führung von Joe Biden darf man sich keine Illusionen machen“, erklärte die Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba.

Statt Kuba nach den zuletzt stattgefundenen Katastrophen, wie dem schweren Brand in Matanzas und dem Wirbelsturm „Ian“, zu unterstützen, fühlen sich die USA befähigt, die von ihnen seit langem herbeigesehnte „orangene Revolution“ nun endlich herbeizuführen. Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba verurteilt diese – nicht neuen – Umsturzpläne der USA mit aller Entschiedenheit und weist auf die immensen Schäden hin, die dem kubanischen Volk in den über 60 Jahren der Blockade entstanden sind. Die wirtschaftlichen Schäden belaufen sich mittlerweile auf über eine Billion US-Dollar!

Die Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba fordert deshalb: „Die konkrete Unterstützung Kubas gegen die Blockade der USA durch die Bundesregierung und die EU ist das Gebot der Stunde. Wie lange will man diesem völkerrechtswidrigen Treiben eigentlich noch zuschauen? Für uns als Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba heißt es, in unserer Solidarität mit dem sozialistischen Kuba nicht nachzulassen.“

Bundsvorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba
Köln, 3. November 2022

UN Generalversammlung fordert erneut die Aufhebung der US-Blockade gegen Cuba!

Erneut hat die UN Generalversammlung am 3. November 2022 zum 30. Mal in Folge für die Beendigung der Handels-, Wirtschafts- und Finanzblockade der USA gegen Cuba gestimmt. Auch in diesem Jahr hat sich wieder die Mehrheit der Staaten der Welt für eine Beendigung der Blockade ausgesprochen. Nur die USA selbst und Israel haben für die Aufrechterhaltung der Blockade gestimmt.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich klar und deutlich an die Seite des cubanischen Volkes zu stellen. Mit der Blockade muß endlich Schluß sein.

Dr. phil. Friedhelm Böcker, Vorsitzender der Cuba-Hilfe Dortmund
3. November 2022



Die 30. totale Niederlage der USA

In der UN-Generalversammlung votieren 185 Staaten gegen die US-Blockade und für Kuba!
Eindeutiger Abstimmungssieg von Kuba in der UN-Vollversammlung gegen die USA. Die US-Blockade gegen Kuba zum 30. Mal einhellig verurteilt. Biden-Regierung völlig isoliert.



Am Donnerstag, dem 3. November 2022 hat die UN-Generalversammlung zum 30. Mal seit 1992 erneut mit fast einhelliger, überwältigender Mehrheit die Blockade der USA gegen Kuba verurteilt und ihre Beendigung gefordert. 185 Staaten votierten für das unverzügliche Ende der US-Blockade. Lediglich 2 Staaten waren für die Blockade (USA, Israel), und 2 enthielten sich der Stimme. Bislang wurden diese eindeutigen Niederlagen des US-Imperialismus und der klare Sieg Kuba von fast allen deutschen Medien totgeschwiegen.

Mit deutlichen Erklärungen prangerten alle RednerInnen die von den USA seit 1960 unilateral verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade an als völkerrechtswidrig und eklatante Menschenrechtsverletzung. Sie forderten von der US-Regierung zudem, Kuba von der „Terrorliste“ zu nehmen. In zahlreichen Statements wurde die US-Politik als brutaler, rücksichtsloser Verstoß gegen die UN-Charta und Prinzipien des internationalen Friedens, als Wirtschaftskrieg, ökonomischer Terrorismus und als Genozid der Supermacht gegen den kleinen benachbarten, karibischen und friedfertigen Inselstaat verurteilt. Das Ziel der US-Blockade gegen Kuba ist seit Beginn „das wirtschaftliche Leben zu schwächen..., damit die nominalen und realen Löhne sinken, um so Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung zu erreichen“.

Die US-Blockade verursacht in Kuba enorme Schäden und beeinträchtigt eine selbstbestimmte Entwicklung. Allein der direkte ökonomische Schaden Kubas beträgt bislang insgesamt 1.391 Milliarden US\$ (bzgl. \$-Gold-Preis) und das BIP wurde in diesem Jahr um etwa 4,5 Prozent gesenkt. Dies wird in Jahresberichten der kubanischen Regierung faktenreich dargelegt. Die brutale Blockadepolitik hat extrem dramatische Folgen für die Bevölkerung in Kuba: Geldüberweisungen von Familienangehörigen werden verunmöglicht, auswärtige Unterstützung sogar für Gesundheitsprojekte wird verhindert, wichtige Medikamente können nur auf Umwegen und überteuert importiert werden, das Transportwesen muss massiv eingeschränkt werden, USTouristen dürfen nicht nach Kuba etc.pp. Außerdem schädigt die Blockade Unternehmen, Banken, Organisationen, sogar Vereine und Bürger:innen in allen Ländern, verletzt deren Bürger- und Freiheitsrechte. Die US-Institutionen maßen sich mit den „extraterritorialen Effekten“ an, ausländische Akteure zu hohen Geldstrafen zu nötigen, weil sie mit kubanischen Institutionen und Partnern kooperieren oder Handel betreiben. Investoren werden durch diese „Politik der Angst“ abgeschreckt.

Trotz dieser überwältigenden Abstimmungsergebnisse ignorieren die USA die weltweite Forderung für ein Ende ihrer schändlichen Blockade, verletzen weiterhin Menschen-, Völker-, Handels- und EU-Recht. Sie sind international isoliert und unglaubwürdig, stehen als Aggressor und Angeklagter vor der Welt. Doch die westlichen Regierungen äußern sich zwar gegen die Blockade, unternehmen aber bislang nichts Konkretes, sondern lassen dieses Unrecht geschehen und beteiligen sich daran.

Netzwerk Cuba e.V.

4. November 2022

UNO-Abstimmung über die US-Blockade gegen Kuba

Am Donnerstag, 3. November 2022 hat die UN-Generalversammlung zum 30. Mal seit 1992 und erneut mit überwältigender Mehrheit die Blockade der USA gegen Kuba verurteilt und ihre Beendigung gefordert. 185 Staaten votierten für das unverzügliche Ende der US-Blockade. Lediglich die USA selber und Israel dagegen, bei zwei Enthaltungen. Bis jetzt wurden diese eindeutigen Niederlagen des US-Imperialismus und der klare Sieg von Cuba von den dominierenden Medien der Öffentlichkeit vorenthalten.

Mit deutlichen Erklärungen prangerten diverse Rednerinnen und Redner an der UN-Vollversammlung die von den USA seit 1960 unilateral verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade als völkerrechtswidrig und eklatante Menschenrechtsverletzung an. Zudem forderten sie von der US-Regierung, den von Donald Trump im letzten Augenblick seiner Amtszeit gefällten Entscheid, Cuba auf die „Terrorliste“ zu setzen, endlich rückgängig zu machen.



In zahlreichen Statements wurde die US-Politik als brutaler, rücksichtsloser Verstoß gegen die UN-Charta und Prinzipien des internationalen Friedens, als Wirtschaftskrieg und ökonomischer Terrorismus der Supermacht gegen den kleinen benachbarten, karibischen und friedfertigen Inselstaat verurteilt. Das Ziel der US-Blockade gegen Cuba – bekanntgeworden nach der gesetzlichen Frist zur Geheimhaltung – war von Anfang an „das wirtschaftliche Leben zu schwächen..., damit die nominalen und realen Löhne sinken, um so Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung zu erreichen“. Die US-Blockade verursacht in Cuba enorme Schäden und beeinträchtigt eine selbstbestimmte Entwicklung. Allein der direkte ökonomische Schaden Kubas beträgt bislang rund 1.391 Milliarden US-Dollars.

Die brutale Blockadepolitik hat ausserordentlich dramatische Folgen für die kubanische Bevölkerung: Geldüberweisungen von Familienangehörigen werden verunmöglicht, auswärtige Unterstützung sogar für Gesundheitsprojekte wird verhindert, wichtige Medikamente können nur auf Umwegen und überteuert importiert werden, das Transportwesen muss massiv eingeschränkt werden, US-Touristen dürfen nicht nach Cuba, ohne Schikanen zu erleiden, usw. Außerdem schädigt die Blockade Unternehmen, Banken, Organisationen, sogar Vereine und Menschen in andern Ländern, verletzt deren Bürger- und Freiheitsrechte. Die US-Institutionen maßen sich mit den „extraterritorialen Effekten“ an, ausländische Akteure zu hohen Geldstrafen zu nötigen, weil sie mit kubanischen Institutionen und Partnern kooperieren oder Handel betreiben. Investoren werden durch diese „Politik der Angst“ abgeschreckt.

Trotz des überwältigenden Abstimmungsergebnisses ignorieren die USA die weltweite Forderung für ein Ende ihrer mörderischen Blockade, verletzen weiterhin Menschen-, Völker- und Handelsrechte. Umso mehr ist es Aufgabe aller Regierungen, die sich auf Rechtsstaatlichkeit berufen, von den USA die Umsetzung dieser Resolution zu verlangen. Wir erwarten und fordern dies insbesondere auch von der Schweizer Regierung, indem sie ihrem JA zur Aufhebung der Blockade auch Taten folgen lässt und mithilft, dass dem Völkerrecht nachgelebt wird. Cuba führt keinen Krieg, und es bedroht auch niemanden. Und es gibt auch keine Oligarchen dort. Fair-play for Cuba!

**Im Namen der Delegiertenversammlung,
Samuel Wanitsch, Mitglied Nationale Koordination ASC/VSC
Bern, 5. November 2022**

Unblock Cuba

Solidaritätsaktionen im Herbst

Berlin, Brandenburger Tor
Foto: privat



Bremen
Fotos: Cubasolidarität konkret Bremen





Hamburg
Foto: Cuba Si Hamburg



Bremen

Auch in Deutschland forderte die Solidaritätsbewegung ein Ende der völkerrechtswidrigen US-Blockade. Im Vorfeld der UN-Generalversammlung gingen die Freunde Kubas in mehreren Städten auf die Straße.



Nürnberg
Foto: privat

Kuba - USA 185 : 2

Abstimmung in New York: UN-Vollversammlung votiert nahezu komplett für Aufhebung von US-Blockade gegen Kuba. Nur USA und Israel dagegen.

Von Volker Hermsdorf



Herbe Klatsche für Washingtons Sanktionspolitik gegen unliebsame Länder. Zum 30. Mal in Folge hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen am Donnerstag (Ortszeit) die seit über 60 Jahren gegen Kuba verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade verurteilt. 185 der 193 UN-Mitgliedsländer unterstützten eine von der sozialistischen Inselrepublik vorgelegte Resolution, die damit eine Stimme mehr als im Vorjahr erhielt. Nur die USA und Israel stimmten dagegen, die Ukraine und das bis zum Jahresende noch von dem am Sonntag abgewählten rechten Präsidenten Jair Bolsonaro regierte Brasilien enthielten sich. Vier Länder hatten nicht an der Abstimmung im New Yorker UN-Hauptquartier teilgenommen.

„Die internationale Gemeinschaft bestätigt einmal mehr die einhellige Forderung nach einem Ende der Blockade und der Isolierung der USA wegen einer grausamen Politik, die gegen das Völkerrecht verstößt“, begrüßte Kubas Außenminister Bruno Rodríguez das Ergebnis per Twitter. Präsident Miguel Díaz-Canel fragte in Richtung US-Regierung: „Was werden die Demokraten aus dieser demokratischen Abstimmung der demokratischsten Versammlung

der Nationen machen?“ Zuvor hatte Rodríguez der Generalversammlung mit konkreten Beispielen beschrieben, in welchem Ausmaß US-Sanktionen die Lebensmittel- und Energieversorgung, das Gesundheits- und Bildungswesen und alle anderen Bereiche seines Landes beeinträchtigen. Mit den Worten: „Lasst uns Kubaner in Frieden leben. Die Welt wäre ohne US-Blockade besser dran“, hatte der Diplomat zum Abschluss um Zustimmung für die von Havanna vorgelegte Resolution gebeten.

Trotz des deutlichen Votums von 185 Ländern versuchte der Vertreter Washingtons, John Kelley, die Blockade kurz nach Abstimmung zu rechtfertigen. Er führte dazu die angebliche Unterdrückung der Proteste am 11. Juli 2021 an, behauptete, die danach inhaftierten Gewalttäter seien „politische Gefangene“, und es gebe minderjährige Insassen in kubanischen Gefängnissen. Zudem beschuldigte er die Regierung in Havanna, sie würde das Internet als Mittel einsetzen, „um die Zivilgesellschaft zum Schweigen zu bringen“. Deshalb hätten die USA gegen die vorgelegte Resolution gestimmt. „Wir werden aber weiter nach Möglichkeiten suchen, das kubanische Volk zu unterstützen“, sagte Kelley im Namen der US-Regierung.

„Dieser Tagesordnungspunkt und die unmissverständliche Botschaft der heutigen Abstimmung sollte nicht durch falsche Unterstellungen der US-Delegation verzerrt werden“, erwiderte Yuri Gala von Kubas Vertretung bei den Vereinten Nationen in seiner Replik. „Wie kann eine Regierung rechtfertigen, dass sie die Covid-Pandemie benutzt hat, um eine unmenschliche Blockade zu verstärken und Kranken den Zugang zur Behandlung zu versperren? Wenn die US-Regierung sich wirklich um das Wohlergehen, die Menschenrechte und die Selbstbestimmung der Kubaner sorgen würde, könnte sie die Blockade aufheben“, erklärte Gala.

„Über die Politik der US-Regierung unter der Führung von Joseph Biden darf man sich keine Illusionen machen“, warnte die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba am Donnerstag in einer Stellungnahme. Die Organisation fordert die Bundesregierung und die EU auf, Kuba mit konkreten Maßnahmen gegen die US-Blockade zu unterstützen. „Wie lange will man diesem völkerrechtswidrigen Treiben eigentlich noch zuschauen“, fragte Petra Wegener, die Vorsitzende der Gesellschaft.

aus *junge Welt* vom 5. November 2022

Blockade gegen Kuba: Die Mitgliedstaaten der UNO isolieren die USA

Sozialistische Insel fällt einer „Logik der Beherrschung zum Opfer“.
Die Welt erklärt vielstimmig Kubas Recht auf Souveränität und Entwicklung.

Von Edgar Göll

New York. In der UN-Generalversammlung haben 185 Staaten für die Resolution zur Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba gestimmt. Damit wurden die USA seit 1992 zum 30sten Mal in den Vereinten Nationen einhellig verurteilt und deren Regierung isoliert. Lediglich zwei Staaten stimmten gegen die Resolution (USA, Israel), und zwei enthielten sich (Brasilien, Ukraine).

Mit ihren Erklärungen prangerten zahlreiche Redner:innen die von den USA seit 1960 unilateral verhängte Blockade als völkerrechtswidrig und eklatante Menschenrechtsverletzung an. Solche einseitigen Zwangsmaßnahmen würden von der UNO nicht autorisiert, erklärte der Vertreter Aserbaidschans im Namen der Bewegung der Blockfreien Staaten. Sie seien mit den Grundsätzen des Völkerrechts unvereinbar, verstießen gegen die Grundprinzipien des multilateralen Handelssystems und stellten ein Instrument des politischen und finanziellen Drucks insbesondere gegen die Entwicklungsländer dar.

Der Vertreter Singapurs monierte im Namen des Verbandes Südostasiatischer Nationen (Asean), die US-Blockade werfe einen langen Schatten auf das Wohlergehen, die Gesundheit und die Entwicklungsaussichten des kubanischen Volkes. Sie verletze die Rechte der Bevölkerung Kubas auf Leben und Gesundheit, verhindere bessere regionale Beziehungen und beeinträchtige die Bemühungen der UN-Generalversammlung, bei der Verfolgung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung „kein Land zurückzulassen“.

Der Vertreter Argentiniens fügte hinzu, dass die Blockade Kubas Integration in die Weltwirtschaft behindere, indem sie den Zugang des Landes zu Finanzmitteln, Technologietransfers, die Mobilisierung von externem Kapital und ausländischen Direktinvestitionen stark einschränke.

Trotz der wiederholten UN-Resolutionen handeln die USA weiterhin einseitig, so die Vertreterin Eritreas, die für die „Freundesgruppe zur Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen“ sprach. „Die Ab-

kehrung dieser erschwerenden Umstände des kubanischen Volkes ist keine Frage von Sympathien oder Ideologien. Es geht um die Verteidigung der Gerechtigkeit, des internationalen Rechts und des elementaren Sinnes für Menschlichkeit, der vorherrschen sollte“, betonte sie. Sich der Blockade zu widersetzen, bedeute, für die Hunderttausenden von Familien einzutreten, die einer Logik der Beherrschung zum Opfer fallen, die im einundzwanzigsten Jahrhundert nicht mehr nachvollziehbar sei.

Wenn die USA die Bastion der Demokratie seien, dann müssten sie auf die überwältigenden Stimmen der Versammlung hören, die einstimmig und wiederholt die Aufhebung der Blockade gefordert hätten, betonte der Vertreter Äquatorialguineas.

Ähnliche Statements kamen von Dutzenden von Staaten und weiteren supranationalen Staatenverbänden wie Caricom, Celac, und der Gruppe der 77 und China. Kritisiert wurde, dass die US-Regierung die Blockade und die Sanktionen gegen Kuba auch inmitten der gefährlichen Covid-Pandemie nicht nur beibehalten, sondern sogar verschärft hat. Sie forderten die US-Regierung außerdem auf, Kuba von ihrer sogenannten „Terrorliste“ zu nehmen. Auch die EU stimmte einmütig für die Resolution, die jährlich von Kuba zur Abstimmung vorgelegt wird.

In seiner Rede berichtete der Außenminister Kubas, Bruno Rodríguez, dass durch die US-Blockade das Bruttoinlandsprodukt (BIP) seines Landes in diesem Jahr um etwa 4,5 Prozent abgesenkt und in den 14 Monaten seit dem Amtsantritt von US-Präsident Joe Biden ein finanzieller Verlust von 15 Millionen US-Dollar pro Tag entstanden sei. Rodríguez schloss sein Statement mit den Sätzen: „Lasst uns Kubaner in Frieden leben. Die Welt wäre ohne die US-Blockade eine bessere Welt“.

In deutschen Medien fand dieses jährliche eindeutige Votum gegen die USA und die einhellige Unterstützung für Kuba bisher fast keinen Widerhall.

aus *amerika21* vom 5. November 2022



Worauf warten die Vereinigten Staaten, um die Blockade aufzuheben?

Die Blockade ist nach wie vor der Preis, den wir zahlen müssen, die wir uns für frei und souverän erklärt haben

Von Elson Concepción Pérez

Mit 185 Stimmen für die von Kuba vorgelegte Resolution gegen die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der Vereinigten Staaten gegen die Insel gab die Welt unserem Land zum dreißigsten Mal Recht, diese Politik anzuprangern.

Dafür: 185

Dagegen: 2 (USA und Israel)

Enthaltungen: 2 (Brasilien und Ukraine)

Abwesend: Liberia, Moldawien, Somalia und Venezuela (in Zahlungsverzug)

Die Blockade ist nach wie vor der Preis, den diejenigen zahlen müssen, die wir uns frei und souverän erklärt haben, ein Zustand, der in jahrelangem Kampf zunächst gegen den spanischen Kolonialismus und später gegen den Neokolonialismus der USA errungen wurde.

Die Blockade bedeutet, dass es kubanische Kinder gibt, denen ein Medikament, ein Organimplantat oder ein Reagenz fehlt, und zwar aus dem lächerlichen Grund, dass sie 10 % us-amerikanische Komponenten enthalten.

Wie kriminell sind Maßnahmen, die mit falschen Begründungen eingeführt wurden, so dass Kuba keine Lebensmittel kaufen kann oder sie auf weit entfernten Märkten suchen oder einfach auf sie verzichten muss, weil die Banken, über die wir sie bezahlen

wollen, keine kubanischen Finanztransaktionen akzeptieren.

Blockade ist das, was heute geschieht, wenn unser Land gezwungen ist, die Verwendung der US-Währung auszusetzen, weil wir damit keine notwendigen Ressourcen kaufen dürfen, welche auch immer das sein mögen.

Warum hat die Regierung des Nachbarlandes in den schrecklichen Jahren der COVID-19-Pandemie nicht einmal die humane Geste gezeigt, einige der Maßnahmen aufzuheben, die nur die Unterschrift von Präsident Joe Biden erfordert hätten?

Was braucht dieses auf Hass und Strafmaßnahmen gegen Menschen basierende System noch, das systematisch die Forderungen fast der gesamten Weltgemeinschaft, einschließlich der USA, erhält, damit es dieses Verbrechen gegen eine benachbarte, noble, solidarische und respektvolle Nation, die sie nie angegriffen hat und nie angreifen wird, ein für alle Mal abschafft?

Wie lange wird es noch dauern, bis Präsident Biden sich selbst, sein Volk und alle Völker der Welt respektiert und das aufhebt, was das Völkerrecht und die internationalen Konventionen als Genozid einstufen?

aus *Granma* vom 3. November 2022



Eindeutiges Votum

185 UN-Mitgliedsländer fordern Ende der Blockade gegen Kuba

Nahezu einstimmig hat die UN-Generalversammlung am 3. November nun schon zum 30. Mal in Folge die von den USA seit über 60 Jahren gegen Kuba verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade verurteilt. 185 der 193 UN-Mitgliedsländer forderten Washington mit nur zwei Gegenstimmen (USA und Israel) und zwei Enthaltungen (Brasilien und Ukraine) dazu auf, die völkerrechtswidrigen Sanktionen zu beenden. Zwar hatten auch alle EU-Staaten diese Forderung unterstützt, doch während die Abstimmung international viel Beachtung und ein angemessenes Echo fand, bemühten sich die Bundesregierung und die meisten deutschsprachigen Medien, das eindeutige Votum der Welt und die Isolierung der USA totzuschweigen.

Auch nach der Abstimmung sei es deshalb wichtig, bei der Unterstützung der sozialistischen Insel nicht nachzulassen, erklärten Aktivisten der europaweiten Bündnisaktion „Unblock Cuba“ Ende vergangener Woche auf Solidaritätsaktionen in zahlreichen Städten. In Berlin forderten mehrere Dutzend Menschen am 5. November vor der US-Botschaft am Potsdamer Platz das Ende der Blockade. Die Fahnen der 185 Länder, die diese Forderung zwei Tage zuvor erneut bekräftigt hatten, demonstrierten eindrucksvoll, wie isoliert die USA mit ihrer Sanktionspolitik in der Welt sind.

„Sanktionen töten“, hieß es auf einem Transparent, während Passanten in Redebeiträgen über die mörderischen Folgen des US-Wirtschaftskriegs für die kubanische Bevölkerung informiert wurden. „Es ist ein Skandal, dass hiesige Medien weder über das Abstimmungsergebnis noch über die Auswirkungen der Blockade auf die Lebensmittel- und Energieversorgung sowie das Gesundheitswesen und die Toten, die diese US-Politik zu verantworten hat, berichten“, erklärte der Vorsitzende des deutschen Netzwerks Cuba, Edgar Göll. In der Schweiz fanden ähnliche Aktionen am 4. November in Basel und am 5. November in Bern statt. In Österreich hatten Solidaritätsgruppen bereits für den Tag der Abstimmung zu einer Kundgebung vor dem Sitz der Vereinten Nationen in Wien aufgerufen. Auch in anderen Städten Europas und der Welt wurde die Blockade angeprangert.

Während sich Menschen auf allen Kontinenten nach dem erneuten Appell der Weltgemeinschaft demonstrativ mit den Opfern der US-Sanktionen solidarisierten, war US-Außenminister Antony Blinken am Mittwochabend mit seiner Amtskollegin Annalena Baerbock zusammengekommen. Beim Treffen der G7-Außenminister in Münster

kündigten beide einen Tag später, als die Vereinten Nationen gerade die Beendigung der Blockade forderten, dann ihre weitere „enge Zusammenarbeit“ an. Es gehe darum, „offene und freie Gesellschaften zu stärken und die Zukunft der Demokratie in einer digitalen Welt“ zu fördern, berichteten BRD-Medien wohlwollend. Doch besser als durch das Verschweigen der UN-Abstimmung zur Blockade hätte nicht demonstriert werden können, was die Vorkämpfer für westliche Werte darunter tatsächlich verstehen. Der chilenisch-ukrainische Journalist Oleg Yasinsky bezeichnete dies im spanischsprachigen Dienst von „RT“ am Donnerstag als „Diktatur des Schweigens“. In der von Blinken und Baerbock beschworenen „offenen und freien Gesellschaft“ erfolgt Manipulation laut dem Online-Lexikon Wikipedia „bereits durch die einseitige Vorauswahl eines Themas, dann durch seine Platzierung und schließlich durch die Art der Berichterstattung“. Dadurch, so Wikipedia, entstehe „eine verzerrte Wahrnehmung beim Rezipienten“. Genau vor dieser beabsichtigten Wirkung hatten Vertreter von 78 kommunistischen und Arbeiterparteien aus 60 Ländern in der Abschlusserklärung des 22. Internationalen Treffens kommunistischer und Arbeiterparteien in Havanna eine Woche vor der UN-Abstimmung gewarnt und festgestellt: „Der Imperialismus setzt im Rahmen der unkonventionellen Kriegsführung ein umfangreiches Arsenal subversiver Aktionen ein, aus denen die medialen Aktionen als Instrumente zur Destabilisierung und zum Wechsel von Regierungen, die sich seinen Interessen nicht beugen, hervorstechen.“

Die Berichterstattung westlicher Medien beantwortete auch eine rhetorische Frage, die Kubas Präsident Miguel Díaz-Canel nach dem Votum in der UN-Generalversammlung in Richtung US-Regierung mit der Bemerkung stellte: „Was werden die Demokraten aus dieser demokratischen Abstimmung der demokratischsten Versammlung der Nationen machen?“ Havannas Außenminister Bruno Rodríguez, der den Staaten der Welt für ihre Unterstützung dankte, warf den USA ebenfalls vor, ihre mächtigen Medien und digitalen Technologieplattformen „für eine bösartige Desinformations- und Verleumdungskampagne gegen Kuba“ zu nutzen. Er erklärte, dass die USA damit neben den Sanktionen auf „die verschiedensten Methoden des nicht-konventionellen Krieges zurückgreifen“.

aus *Unsere Zeit* vom 11. November 2022

Kuba begehrt gegen die US-Blockade auf

Havanna beziffert vor UN-Generalversammlung den Schaden auf 15 Millionen Dollar täglich

Andreas Knobloch, Havanna

Seit 60 Jahren ist die US-Blockade gegen Kuba in Kraft, seit 30 Jahren wird sie in der UN-Generalversammlung mit klarer Mehrheit verurteilt. Am 2. und 3. November steht die Debatte über die US-Blockade in der Generalversammlung der Vereinten Nationen an. Um sie mit Fakten zu unterfüttern, hat Kuba einen Bericht über die Folgen der Maßnahme vorgelegt. Kubas Außenminister Bruno Rodríguez forderte dabei erneut die Aufhebung der Sanktionen.

Die Zahlen sind aussagekräftig: Zwischen August 2021 und Februar dieses Jahres verursachte die US-Blockadepolitik auf der Insel Verluste in Höhe von 3,81 Milliarden US-Dollar. In den ersten 14 Monaten der Amtszeit von US-Präsident Joe Biden habe die Summe bei 6,36 Milliarden US-Dollar gelegen, sagte Rodríguez bei der Vorstellung des jährlichen Blockadeberichts vor ausländischen Medienvertretern Ende Oktober in Havanna. »Mehr als 454 Millionen US-Dollar pro Monat; mehr als 15 Millionen US-Dollar pro Tag«, bezifferte Rodríguez die Schäden für sein Land. Trotz Ankündigungen durch die Biden-Regierung habe sich die Blockade weder im Umfang noch in der Tiefe geändert, sagte er. Sie sei sogar aggressiver als in der Vergangenheit. »Die Blockade ist die permanente Pandemie, der ständige Wirbelsturm.«

Zwar gab es in den Beziehungen zu den USA in den vergangenen Monaten etwas Bewegung: Beide Seiten nahmen Mitte April die seit 2018 unterbrochenen Migrationsverhandlungen wieder auf. Anfang Juni hob die Regierung Biden einige der von der Trump-Administration verhängten Beschränkungen für Überweisungen und Reisen nach Kuba auf. Ab Januar soll die Visaabteilung der US-Botschaft in Havanna laut einer Ankündigung ihre Dienste wieder vollständig aufnehmen. Die praktischen Auswirkungen bleiben aber bislang mehr als gering, so fehlt beispielsweise ein Finanzdienstleister, der die Rücküberweisungen der Auslandskubaner abwickeln könnte.

»Präsident Bidens Kuba-Politik ist bedauerlicherweise dieselbe wie die der Republikaner (unter Trump, d. Red.). Es wurden keine Änderungen vorgenommen«, sagte Rodríguez. Die Vereinten Staaten hätten die »moralische Pflicht«, Kuba Ausnahmeregelungen zu gewähren, so wie sie es mit anderen Ländern während der Pandemie und bei Naturkatastrophen getan hätten, so der Außenminister. Ende September hatte Wirbelsturm Ian als Hurrikan der Kategorie drei von fünf mit heftigen Regen-

fällen und Windgeschwindigkeiten von mehr als 200 Stundenkilometern den Westen Kubas heimgesucht und gewaltige Schäden angerichtet. Mindestens drei Menschen waren ums Leben gekommen; mehr als die Hälfte der Gebäude der Provinz Pinar del Río waren beschädigt oder zerstört worden. Infolge des Wirbelsturms war die Stromversorgung auf der gesamten Insel vollständig zusammengebrochen.

Washington kündigte an, über die US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID) zwei Millionen US-Dollar an humanitärer Hilfe auf die Insel zu schicken. Rodríguez bedankte sich für die Geste und bestätigte zudem die Lieferung von 43 Feuerlöschanzügen nach einem Großbrand im wichtigsten Treibstofflager des Landes in Matanzas Anfang August, bei dem insgesamt 16 Menschen gestorben waren. Zugleich machte er klar, dass die US-Regierung »mit Hilfe ihrer Exekutivbefugnisse Maßnahmen zur Aufhebung oder Lockerung der Blockade in Dutzenden von Bereichen ergreifen könnte«.

In der folgenden Frage- und Antwortrunde kritisierte Rodríguez erneut, dass Kuba von den USA als »terrorfördernder Staat« eingestuft werde, und forderte die Rücknahme der Entscheidung. Aktuell befinden sich neben Kuba noch Syrien, Nordkorea und der Iran auf der US-Terrorliste. Die Aufzählung macht klar, dass es sich um ein politisches Thema handelt.

Die Konsequenzen daraus bekommen aber selbst europäische Reisende in die USA zu spüren. Denn sie müssen nun ein Einreisevisum beantragen, wenn sie zuvor nach Kuba gereist sind. Wer als Europäer*in in die USA reisen möchte, beantragt in der Regel im Rahmen des Visa Waiver Programs die Einreisegenehmigung ESTA (Electronic System for Travel Authorization), die für zwei Jahre gültig ist. Das reicht nun bei vorheriger Kuba-Reise nicht mehr aus – und hängt mit Kubas Einstufung als »terrorfördernder Staat« durch die US-Regierung im Januar 2021 zusammen. Auf der Webseite der US-Einwanderungsbehörde heißt es: »Wenn sich herausstellt, dass ein Reisender ein Land besucht hat, das als staatlicher Sponsor des Terrorismus bezeichnet wird, ist der Reisende nicht mehr berechtigt, am Programm für visumfreies Reisen teilzunehmen, und muss ein Visum für die Einreise in die Vereinigten Staaten beantragen.« Was damit erreicht werden soll, ist klar: Unsicherheit schüren und den kubanischen Tourismussektor treffen.

aus ND vom 1. November 2022



Augsburg: Franz Egeter,
Berliner Allee 22 B, 86153 Augsburg
E-mail: augsburg@fgbrdkuba.de

Berlin: Jan Schulze-Husmann,
E-mail: berlin@fgbrdkuba.de
Homepage: www.fgbrdkuba-berlin.de

Bonn: Luiz Fernando Moser,
Lengsdorfer Straße 35, 53127 Bonn

Homepage: www.fgbrdkuba.de/goettingen

Hamburg: Wolfgang Mix,
Holstenplatz 10, 22765 Hamburg
E-mail: hamburg@fgbrdkuba.de

Herford/Ostwestfalen: Peter Knappe
Stiftskamp 10, 32049 Herford
E-Mail: peter-knappe0726@riseup.net

Idar-Oberstein: Karin Gottlieb,
Frinkenstraße 9, 55743 Idar-Oberstein

Karlsruhe: Roland Armbruster,
Wilhelmstr. 85, 76137 Karlsruhe
E-mail: Roland.Armbruster@t-online.de

Koblenz: Robert Peiter,
Friedrichstr. 7, 56333 Winningen

Köln: Dieter Hehr, Wichterichstr. 34, 50937 Köln,
E-Mail: dieter.hehr@koeln.de

Mainz: Tobias Kriele, Lauterenstr. 28, 55116 Mainz
E-mail: mainz@fgbrdkuba.de

Mannheim/Rhein-Neckar: Barbara Caroli-Buch,
Gneisenastr. 18, 68259 Mannheim
E-mail: barbara@muellerweb.de

München/Südbayern: Werner Ströhlein,
Knorrstraße 83 a, 80807 München
E-mail: stroehlein-sanchez@t-online.de

Nürnberg: Marianne Schweinesbein,
Sielstr. 6, 90429 Nürnberg
E-mail: schweinesbein@t-online.de

Regensburg: Bernhard Ostermeier,
Mariaorterstr. 9, 93161 Sinzing
E-mail: bernhard.ostermeier@web.de

Saarbrücken: Volker Jung,
Ottweiler Str. 4, 66113 Saarbrücken

Stuttgart: Reiner Hofmann,
Rohrdommelweg 6, 70378 Stuttgart
E-mail: Reiner_Hofmann@t-online.de
Homepage: www.fgbrdkuba.de/stuttgart

Tübingen: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.,
Regionalgruppe Tübingen, Postfach 02 63,
72103 Rottenburg am Neckar
E-mail: tuebingen@fgbrdkuba.de

Würzburg: Michael Meyer,
Rückertstr. 7, 97072 Würzburg
E-mail: cubasoli@onlinehome.de

regionalgruppen und lokale ansprechpartner/innen

E-mail: lfernandomoser@gmail.com
Homepage: www.fgbrdkuba.de/bonn

Bremen: Elka Pralle, Blücherstr. 3, 28203 Bremen
E-mail: Elka.Pralle@gmx.de

Duisburg/Mülheim/Oberhausen:
Richard Höhmann-Rölle und Silvia Rölle
E-mail: kuba@hoehmann-roelle.de

Düsseldorf: Jürgen Kelle,
Sistenichstraße 3, 40597 Düsseldorf
E-mail: duesseldorf@fgbrdkuba.de

Erfurt/Eisenach: Roland Wanitschka,
PF 1144, 99801 Eisenach
E-mail: roland.wanitschka@web.de

Essen: Carola Wollweber
E-mail: fg-essen@outlook.de

Frankfurt a.M.: Willi Gerhard,
Anne-Frank-Str. 3, 60433 Frankfurt
E-mail: frankfurt@fgbrdkuba.de
Homepage: www.fgbrdkuba.de/frankfurt

Freiburg: Carmen Giesin,
Weinbergstr. 6, 79111 Freiburg
E-mail: carmengiesin@gmx.de

Gelsenkirchen: Christa Grewe,
Festweg 12, 45886 Gelsenkirchen
E-mail: grewechr@aol.com

Gießen: Erika Beltz,
Diezstraße 7, 35390 Gießen
eumbeltz@aol.com

Göttingen: Gunnar Siebecke,
Harzstr. 13, 37081 Göttingen
E-mail: goettingen@fgbrdkuba.de

Lieferbare Materialien

Gruppen der FG BRD - KUBA e.V.
erhalten 30 Prozent Rabatt,
15 Prozent auf Bücher und Zeitschriften

	Preis
Pins, Feuerzeuge, Schlüsselanhänger, Aufkleber	
Pin mit Che-Porträt, rot-schwarz, rund, 2 cm	2,00 €
Pin Kubaflagge, farbig, 1 x 2 cm	2,00 €
Freundschaftspin Flaggen BRD -Kuba, farbig, ca. 1 x 3 cm	2,50 €
Feuerzeug mit Che-Motiv, verschiedene Farben und Feuerzeug „Havanna“	1,50 €
Schlüsselband mit Karabinerhaken, rot mit Che-Aufdruck, ca. 90 x 2 cm	2,50 €
Schlüsselband mit Karabinerhaken weiß, Flaggenaufdruck BRD - Kuba farbig, ca. 90x2 cm	2,50 €
Aufkleber m. Che-Motiv, rund, rot-schwarz, 5 cm	0,60 €
Aufkleber Kubaflagge, 9 x 7 cm	1,00 €
Aufkleber „No Más Bloqueo“	0,20 €
Fahnen, Textilien	
Kubafahne, 90 x 150 cm, m. Ösen	10,00 €
Kubafahne m. Che-Motiv, 90x150 cm	10,00 €
Fahne M-26-07, 90 x 150 cm	17,00 €
Che-Baretts, schwarz/ olivgrün wendbar	12,00 €
Bücher	
Volker Hermsdorf: Fidel Castro (2018)	9,90 €
Volker Hermsdorf, Paula Klattenhoff u.a. (Hrsg.): Kuba im Wandel (2017)	10,00 €
Volker Hermsdorf: Havanna. Kultur - Politik - Wirtschaft (2015)	10,00 €
Volker Hermsdorf: Raul Castro – Ein Leben für die Revolution (2016)	16,00 €
Volker Hermsdorf: Kuba – Aufbruch oder Abbruch? (2016)	10,00 €
Volker Hermsdorf: Die Kubanische Revolution – Basiswissen (2015)	9,90 €
Volker Hermsdorf, Hans Modrow: Amboss oder Hammer. Gespräche über Kuba (2015)	16,00 €
H.C. Morales: Ein Gespräch unter Freunden. 56 Fragen an Heinz Langer (2014)	7,00 €
H.W. Hammer / F. Schwitalla: Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker. 20 Jahre Netzwerk Cuba e.V. (2013)	12,00 €
Raúl Capote: Der andere Mann in Havanna (2019)	15,00 €
H. Langer: Mit Bedacht, aber ohne Pause. Zur Entwicklung in Kuba (2011)	10,00 €
H. Langer: Zärtlichkeit der Völker - die DDR und Kuba (2010)	9,50 €
André Scheer: Che Guevara, Basiswissen	9,90 €
E. Panitz: Comandante Che – Biographische Skizze (Neuaufgabe)	10,00 €

	Preis
R. + U. Fausten: Helden der freien Welt – Dissidenten in Kuba (2007)	5,00 €
E.F. Fürntratt-Kloep: Unsere Herren seid Ihr nicht! Das politische Vermächtnis des Fidel Castro	10,00 €
mediCuba-Schweiz: Schweizer Banken gegen Kuba – Chronik eines amtlich beglaubigten Skandals	10,00 €
Wolfgang Mix: Kubas Internationalismus, Angola 1975–1991	10,00 €
Paco Ignacio Taibo II: CHE – die Biographie des Ernesto Guervara	28,00 €
mediCuba-Suisse (Hrsg.): Kuba macht es vor; Solidarisch für das Recht auf Gesundheit weltweit	18,80 €
Jürgen Kupfer: Kubas Weg zur kostenlosen Bildung für alle (2018)	17,95 €
Das trikontinentale Solidaritätsplakat; reduzierte Restexemplare 70,- €, - statt 150,- €	70,00 €

CD / DVD	
CD „Música y Revolución“	5,00 €
DVD „Wo der Himmel aufgeht“, Dokumentarfilm Kuba/ BRD 2018, 45 Minuten, Deutsch/ Spanisch mit Untertiteln	12,00 €
DVD „Zucker und Salz“ – Rückblick vier kubanischer Freundinnen auf 50 Jahre Revolution (OmU)	10,00 €
DVD „Die Kraft der Schwachen“ – Leben und Entwicklung eines Behinderten auf Kuba (OmU) z. Zt. nicht lieferbar	10,00 €
DVD „Wege der Revolution – Fidel Castro“ (OmU)	7,00 €

Zeitschriften / Zeitungen	
Cuba Libre – Zeitschrift der FG BRD-Kuba e.V.	
Einzelpreis	3,50 €
Jahresabo (4 Ausgaben)	12,50 €
Bezug für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten Kostenlose Zusendung eines Probe-Exemplars	
Granma Internacional	
Zeitung für Kuba und Lateinamerika	
Erscheinungsweise monatlich – spanische oder englische Ausgabe – Jahresabo	
	45,00 €
Granma Internacional	
Zeitung für Kuba und Lateinamerika	
deutsche Ausgabe – monatlich – Jahresabo	
	18,00 €
seit 1. 1. 2017 über Verlag 8. Mai	

Verleih von Spielfilmen und politischen Filmen aus Kuba und Lateinamerika auf Anfrage

FG BRD-Kuba e.V.
Maybachstr. 159, 50670 Köln
Tel.: 0221 – 2 40 51 20 • Fax: 0221 – 6 06 00 80
info@fgbrdkuba.de
Alle Preise plus Porto und Verpackung
Vorauszahlung vorbehalten



Besser ohne Blockade



**„Dass Du Dich wehren musst,
wenn Du nicht untergehen willst,
wirst Du doch einsehen!“**

Bertolt Brecht

UZ **unsere zeit**

*Kommunistische Standpunkte, marxistische Analysen –
Woche für Woche.*



Jetzt sechs Wochen kostenlos testen!

Digital oder/und Print

- Ich möchte die UZ 6 Wochen probelesen.
Der Bezug ist kostenlos und endet automatisch.
- Ich möchte mehr Informationen über die DKP.

Name	Vorname
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>
E-Mail	Telefon
<input type="text"/>	<input type="text"/>

www.unsere-zeit.de • E-Mail: abo@unsere-zeit.de • Tel.: 0201 17788915

Jetzt Mitglied werden



Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba Solidarität mit Kuba

Jetzt Mitglied werden!

**4 Bücher- und CD-Prämien für neue Mitglieder
(Prämienpaket umseitig)**

Monatsbeitrag: 10,- € (Förderbeitrag) 7,- € (Normalbeitrag) 3,- € (Sozialbeitrag)

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba.

Name, Vorname	Telefon
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Hausnummer	email
<input type="text"/>	<input type="text"/>
PLZ, Ort	Datum, Unterschrift
<input type="text"/>	<input type="text"/>

Ich ermächtige die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., den o.g. Beitrag vierteljährlich von meinem Konto bis auf Widerruf mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Der Einzug soll zu Lasten folgenden Kontos erfolgen:

IBAN	Name, Vorname (Kontoinhaber)
<input type="text"/>	<input type="text"/>
BIC	Datum, Unterschrift
<input type="text"/>	<input type="text"/>

Coupon bitte einsenden an: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Maybachstraße 159, 50670 Köln



»Es ist wahr, dass wir immer noch unter der imperialistischen Blockade stehen; es ist wahr, dass die Imperialisten versuchen, diese Blockade zu verschärfen, und dass wir nicht wissen, wie lange wir dieser Situation widerstehen müssen. Und wir werden ihr widerstehen!«

Fidel Castro
28. September 1963

Bücher- und CD-Prämien



**Kuba
im Wandel**
16 Erfahrungsberichte

Verlag Wiljo Heinen



**Cuba
Musica
y Revolucion**

CD

Hernando Calvo Ospina/
Katlijn Declercq



**Helden
der freien Welt**
Dissidenten
in Kuba

PapyRossa Verlag



**Originalton
Miami**
Die USA, Kuba
und die Menschenrechte

PapyRossa Verlag

Bei Umzug:
Neue Adresse u. ggf.
Bankverbindung in
der Geschäftsstelle
mitteilen!

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Ausgähndigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtausgähndigung zurückerzenden.